

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 116.

Mittwoch, den 22. Mai 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Der Lübecker Wahlprotest

Scheint den Führern der hiesigen Blockparteien manche schlaflose Nacht zu bereiten; sie können es gar nicht begreifen, daß dieser nach ihrer Meinung so genial verfaßte Protest nicht schon am verflochtenen Dienstag bei der großen Auskehr im Reichstag mit den andern 35 Wahlprotesten im Randschwarz seine Erledigung gefunden hat. Das Lübecker Orakel, unser oller ehrlicher „Stadt- und Landbote“ zieht daraus tiefinnig den Schluß: „wären nicht wirklich schwerwiegende Gründe im Wahlprotest gegen die Wahl von Herrn Schwarz vorgebracht worden, dann wäre diese Wahl zweifellos mit den vielen anderen kurzerhand für gültig erklärt worden.“ Das sei nun aber nicht geschehen; es würden hier vielmehr „auf Veranlassung der Wahlprüfungskommission des Reichstages fortgesetzt Erhebungen vorgenommen.“

Was letzteres anlangt, so wird uns mitgeteilt, daß die Wahlprüfungskommission sich bis jetzt noch gar nicht einmal mit dem Lübecker Protest beschäftigt, geschweige denn Veranlassung genommen hat, hierorts Erhebungen vorzunehmen zu lassen, sintemalen Beweiserhebungen nur auf Grund eines gedruckt vorliegenden Berichts der Wahlprüfungskommission vom Plenum des Reichstages beschlossen werden können. Ein solcher Bericht, der den Wahlprotest wörtlich zum Ausdruck bringt, würde in unserem Falle sowohl für die Behörden als auch für manchen Wahlvorsteher und dessen Stellvertreter nicht gerade sehr angenehm sein, denn er schließt mit der stehenden Formel: „Die Kommission beantragt hiernach: Der Reichstag wolle beschließen: 1. die Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Schwarz im Wahlkreise Lübeck auszusprechen, 2. den Herrn Reichskanzler unter Übersendung der Wahlakten zu ersuchen, unter Vermittelung des Senates der freien Stadt Lübeck, veranlassen zu wollen, daß Erhebungen darüber stattfinden, a. ob usw. (folgen die Protestpunkte).“

Wie hieraus zu ersehen ist, kann nicht die Wahlprüfungskommission willkürlich Erhebungen vornehmen lassen, sondern erst der Reichskanzler auf Beschluß des Reichstages durch Vermittelung des Senates solche veranlassen. Nun ist aber nicht ausgeschlossen, daß irgend ein Kommissionsmitglied Einsicht in den Protest genommen und nach hier den Wink gegeben hat, einmal nachzuspüren, ob sich dieser oder jener Protestpunkt bei Lichte besehen auch aufrecht erhalten läßt. Doch dem sei wie ihm wolle, vom Reichstag ist bis jetzt noch keine Beweiserhebung verlangt worden.

Was nun den Protest selber anlangt, so liegen eigentlich zwei vor, nämlich einen „Vorläufigen“ und einen „Begründeten“. In ersterem heißt es Eingangs: „Die Gründe zum Protest sind zunächst rein formeller Natur“. Die formalen Gründe fand nun die, vom hiesigen Block eingeleitete Protestgründungskommission in folgenden, wörtlich wiedergegebenen Sätzen:

„Die Wählerlisten im Bezirk Lübeck waren außerordentlich fehlerhaft aufgestellt.“

„Eine Anzahl von Ausländern war eingetragen, dergleichen von nicht Wahlmündigen, von Verstorbenen und längst Verstorbenen.“

„Zahlreich waren die Fälle, in denen die Wähler doppelt eingetragen waren.“

Mit diesen Behauptungen kann die Wahlprüfungskommission nichts anfangen. Überhaupt hätte sich die Protestgründungskommission sagen können, daß in der kurzen Zeit von der Auflösung des Reichstages bis zum 28. Dezember, an welchem Tage die Wählerlisten bereits ausgelegt werden sollten, von einer genauen Aufstellung derselben schwerlich die Rede sein könne, umso weniger, als Klagen über die Mangelhaftigkeit der Wählerlisten noch immer, so lange zum Reichstage gewählt worden ist — selbst bei langen Fristen —, laut geworden sind. Diesen Vorwurf hätte man also bei der letzten Galoppwahl unserem Stadt- und Landamte ersparen können.

Dann heißt es im „vorläufigen“ Protest weiter:

„In einigen Landbezirken waren die offiziellen Wählerlisten überhaupt nicht abgeschlossen; es fehlten Stempel, Unterschrift und Auslegungsbekanntmachung.“

„Am Wahltag selbst haben Nichtwähler als Beisitzer fungiert.“

„Fast alle Bezirke wiesen Wahlunregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung des Wahlvorstandes auf.“

„Genauso liegen Verstöße vor in der Anordnung der Wahllokale, in der Benutzung des Stollerraumes und in der Ausgabe der Wahlurteile.“

Für alle diese Sünden — die aber für die Wahlprüfungskommission, weil durch nichts bewiesen, völlig bedeutungslos sind — ist unser Bürgerausschuß voll und ganz verantwortlich, denn dieser, in unserem republikanischen Staatswesen sehr bedeutsamen Körperschaft, wurde durch Senatsdekret vom 17. Dezember 1906 „die Festsetzung des Tages, an welchem die Auslegung der Wählerlisten zu beginnen hat; die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten; die Ernennung eines Wahlvorstehers und eines Stellvertreters desselben für jeden Wahlbezirk des Wahlkreises Lübeck; die Bestimmung des Wahllokals und die Veranlassung einer Neuwahl im Falle der Ablehnung der Wahl oder wenn der Reichstag dieselbe für ungültig erklärt“, übertragen. Wir möchten dem Bürgerausschuß aber gern Milderungsgründe zubilligen, umso mehr, als wir fest davon überzeugt sind, daß er in der Auswahl der fünfzig Wahlvorsteher und fünfzig Stellvertreter äußerst vorsichtig gewesen ist; denn nur Männer von einer gewissen Bedeutung und guter patriotischer Gesinnung sind von ihm — dem Bürgerausschuß — zu diesen hochbedeutsamen Ämtern gewählt und erkoren worden. Wir glauben aber auch nicht fehlzugehen, wenn wir der Meinung Ausdruck geben, daß, wenn am Abend des denkwürdigen 25. Januar der Blockkandidat Klein — den Vornamen wollen wir lieber aus bekannten Gründen nicht erwähnen — statt des bösen Sozialdemokraten Theodor Schwarz aus der Wahlurne gesprungen wäre, die zu spät erkannte „Unfähigkeit“ so vieler Wahlleiter keine Rolle gespielt hätte. Aber so ist die ganz erklärliche Verärgerung der Blockführer, die den Sieg schon in der Tasche hatten und verkünden wollten, Schuld an der argen Bloßstellung des Bürgerausschusses gewesen.

Wenn nun aber die Protestgründungskommission in ihrem „vorläufigen“ Protest noch weiter die durch nichts bewiesene Behauptung aufstellt:

„Die zahlreichen Wahlfälschungen, die noch der Erledigung durch die Staatsanwaltschaft harren“

und weiter in ihrem späteren „ausführlich begründeten“ Protest gar die Behauptung aufzustellen sich erdreistet:

„Die Tatsache, daß für die — in dem Protest namentlich — angeführten 124 Personen (meistenteils ausgesperrte Tisler) hier in Lübeck zu Unrecht gewählt worden ist, gibt uns — der Protestgründungskommission — Anlaß den begründeten Verdacht auszusprechen, daß in diesen Fällen ein systematisches Vorgehen der sozialdemokratischen Partei zu erblicken ist“

so müssen wir diese, durch nichts bewiesene schosse Unterstellung auf das allerentschiedenste zurückweisen und sie, da wir keinen parlamentarischen Ausdruck für diese reichsverbändlerische Verdächtigung der sozialdemokratischen Wahlleitung zu finden vermögen und überdies befürchten müssen, die zartbesaitete Natur und Empfindlichkeit der Protestgründungskommission zu verletzen, einfach niedriger hängen.

Diese ungeheuerliche, aus den Fingern gesogene Behauptung mag auch wohl die Veranlassung zu den hierorts vorgenommenen polizeilichen Erhebungen gewesen sein. Sie lassen uns kalt und werden auch auf die Wahlprüfungskommission wenig oder gar keinen Einfluß auszuüben im stande sein.

Interessant ist es nun für uns, in dem „ausführlich begründeten“ Protest zu lesen, daß nur im 2., 3., 5., 6., 12., 13., 14., 15., 17., 18., 20. und 21. Bezirk die Wahlhandlung ordnungsmäßig gehandhabt worden ist; dagegen weisen die übrigen 19 städtischen Bezirke nach der hochweisen Protestgründungskommission

in der Geschäftsführung bei der Wahlhandlung Unregelmäßigkeiten auf. Die amtlichen Wählerlisten, die Protokolle sind nicht ordnungsmäßig unterschrieben, auch geht eine ordnungsmäßige Geschäftsführung aus der Abfassung derselben nicht hervor“

und im 31. Bezirk

„ist das Ergebnis nach der amtlichen Liste unklar“

heißt es weiter. Fürwahr, ein höheres Zeugnis könnte den oft unter erschwerten Umständen ihres Amtes waltenden Herren schwerlich ausgestellt werden. Wie sie sich mit diesem Urteil abfinden, und ob sie sich noch ferner herbeilassen werden, derartige, mit schönem Undank belohnte Ämter zu übernehmen, bleibt abzuwarten. Für die Wahlprüfungskommission werden alle diese allzufadenscheinigen Gründe, weil nicht unter Beweis gestellt sind, schwerlich maßgebend sein. Doch hierüber werden ja im nächsten Frühjahr die dann ungewisshaft stattfindenden Beweiserhebungen sehr interessantes Material liefern. Neben den doppelt eingetragenen sollen dann auch noch 80 bereits or längerer Zeit Gestorbene in die Wählerlisten eingetragen worden sein. Ob aber die Toten auch gewählt haben, läßt der Protest völlig im Dunkeln. Dagegen er-

kennen wir den weiteren Protestgrund, daß die 75 männlichen Insassen des Heiligen Geist-Hospitals (weil Almosenempfänger) nicht in die Wählerlisten eingetragen worden sind, auch als stichhaltig an. Da aber leider nicht ein einziger dieser Insassen gegen die Nichteintragung seines Namens in die Wählerliste bei der zuständigen Stelle reklamiert hatte, hat die Wahlprüfungskommission gar keine Möglichkeit sich mit diesem prinzipiellen Fall zu beschäftigen.

Mit dem Heiligen Geist-Hospital hat es überhaupt so seine eigene Bewandnis. Das Stadt- und Landamt erklärte noch 1895 in Anlaß eines gegen die Wahl des Abg. Dr. Götz gerichteten sozialdemokratischen Protestes in Bezug auf die männlichen Insassen des Klein-Grönauer Stiechenhauses:

„Das Stiechenhaus zu Klein-Grönau, dessen Entstehung urkundlich nicht nachgewiesen ist, bestand schon 1289, wurde aber im Jahre 1483 durch ein Legat des Rats Herrn Andreas Gevedes umgebaut und seitdem von zwei Kaufleuten, früher Mitgliedern der Gewandhändler-Kompagnie, als Privatstiftung verwaltet. Das Patronat steht den Herrn des Landgerichts, jetzt des Stadt- und Landamtes zu. Es finden in demselben sechs Männer und sechs Frauen vollständige Versorgung. Die Aufnahme erfolgt durch Wahl der Vorsteher und Patronen. Das Klein-Grönauer Stiechenhaus ist im Sinne der Lübeckischen Gesetzgebung eine Privat-Wohltätigkeitsanstalt. Als solche wird dasselbe auch in dem neuesten Bericht der Aufsichtsbehörde über die Stiftungen und das Armenwesen der Zentral-Armendeputation für die Jahre 1888 bis 1892 aufgeführt. Dergleichen auf Stiftung Privater beruhender kleinerer Wohltätigkeitsanstalten mit Gebäuden gibt es in Lübeck eine größere Anzahl, meistens in der Stadt, zum Teil auch im Landgebiete. Sie werden gleich behandelt den Privat-Wohltätigkeitsstiftungen, welche lediglich auf Kapital und Rente gegründet sind, letztere sind sehr erheblich an Zahl. Dem angezogenen Berichte befindet sich ein Verzeichnis derselben angehängt. Wie dem verehrlichen Amtsgericht bekannt sein wird, werden diese Privat-Wohltätigkeitsanstalten streng unterschieden von den öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten. Bezüge aus letzteren sind anzusehen als Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln, während erstere als Ausfluß der Privatwohlthätigkeit diese Wirkung nicht üben. Während die öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten von staatlich bestellten und organisierten Behörden verwaltet werden, auch staatsseitig über das Vermögen nach Umständen frei verfügt wird, sind die Verwalter der letzteren als Testamentvollstrecker des ersten Stifters Verwalter von Privatgut und unterliegen nicht den Weisungen, sondern nur der Aufsicht der übergeordneten Behörden. Die Insassen des Stiechenhauses zu Klein-Grönau empfangen daher ihre Versorgung nicht aus öffentlichen oder Gemeindegeldern, sondern aus einer Privatstiftung und das Wahlrecht derselben zu den Reichstagswahlen ist daher nicht zu bezweifeln.“

Wir sind nun der Meinung, daß auch die männlichen Insassen des Heiligen Geist-Hospitals nach obiger Erklärung wahlberechtigt sind, und daß es daher für uns sehr befremdlich war, am 25. März d. J. in der Versammlung der Bürgerschaft vom Senatsstisch zu hören: daß in Anlaß einer Anregung im Bürgerausschuß die Frage: ob die Hospitaliten wahlberechtigt seien, gegenwärtig geprüft würde, und daß sie — die Hospitaliten — seit 1867 als nicht wahlberechtigt angesehen worden seien. Nun sollte die erneute Prüfung ergeben, ob sie — die Hospitaliten — mit Recht oder Unrecht für politisch unmündig erklärt worden sind. Die Bürgerschaftsmitglieder waren aber noch erstaunter, vom Vertreter Travemündes zu hören: „Die Verwaltung des St. Jürgen-Stiechenhauses in Travemünde steht darin auf einem andern Standpunkt wie der Senat. Wir — jagte der Abgeordnete von Travemünde — sehen es nicht als Armenunterstützung an und haben die Insassen in die Wählerlisten eingetragen und auch wählen lassen.“ Endlich hatte auch Senatus ein Einsehen, denn nun veröffentlichte er unterm 1. Mai d. J., daß er auf Grund erneuter Prüfung zu der Überzeugung gelangt sei

„daß seine in dem am 9. Juli 1870 an die Vorsteherchaft des Heiligen Geist-Hospitals gerichteten Dekret vertretene Auffassung, es seien die Insassen des Heiligen Geist-Hospitals wegen Empfangs von Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern nicht wahlberechtigt im Sinne des Reichstagswahlgesetzes, nicht aufrecht erhalten werden kann, weil der Begriff einer Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nur in Leistungen auf Grund des Unterstützungswohnsitzgesetzes seine Begründung findet, auf freiwillige Beihilfen an Bedürftige auch seitens öffentlicher Wohltätigkeitsanstalten aber nicht ausgedehnt werden kann.“

Somit hätten die Bestrebungen der Blockmänner, Gründe für ihren Wahlprotest zu finden, das eine Gute gehabt, daß von nun an auch die Hospitaliten des „Heiligen Geist“ ihr Wahlrecht zum Reichstag ausüben können; ob sie auch zur Bürgerschaft wahlberechtigt sind, d. h. soweit sie das Bürgerrecht für schweres Geld von dreißig oder vierzig Jahren erworben und überdies als Bürgergardisten oder Landwehrlente für die Sicherheit der Stadt gewacht haben, bleibt abzuwarten.

Sitz die Wahlprüfungskommission des Reichstages ist die späte Rehabilitierung der Insassen des Heiligen Geists-Hospitals jedenfalls irrelevant, d. h. von keiner Bedeutung mehr.

Ob alle diese „schwerwiegenden Gründe“ geeignet sind, die Segel des „Stadt- und Landboten“ zu schwellen, wollen wir für heute dahingestellt sein lassen. Ubers Jahr, wenn die Schwalben wiederkehren, werden wir wissen, wie der Hase läuft und wenn die konservativ-liberale Paarung oder der Block uns eine Neuwahl beschert, wird hoffentlich auch der Blockauschuss seine Machtbefugnisse so anzuwenden verstehen, daß keine Protestgründe suchende Kommission mehr Ursache hat, über allerhand Wahlunregelmäßigkeiten Klage zu führen. Dem „Stadt- und Landboten“ aber wollen wir schon heute verraten, daß die sozialdemokratische Partei ihr Pulver schon trocken halten und die Machinationen des heiligen Ablegers des „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ zu durchkreuzen verstehen wird.

Wollen die Herren ein Länglein wagen, so mögen sie es sagen, wir sind dabei!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Es ist erreicht! Die Ernennung des bisherigen stellvertretenden Kolonialdirektors Dernburg zum Staatssekretär des neuerrichteten Reichskolonialamtes ist durch den Kaiser vollzogen worden. Gleichzeitig ist die Ernennung des Geheimrats v. Loebe zum Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei erfolgt. Über die Besetzung der leitenden Stellen im Reichskolonialamt ist, nach dem „Berliner Tageblatt“, die endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. Soviel steht indes fest, daß neben dem Posten eines Unterstaatssekretärs noch eine Direktorstelle sowie die Stelle eines Abteilungsleitenden geschaffen werden. Für die Direktorstelle kommt Geheimrat Dr. Conze, für den Posten des Abteilungsleitenden der Wirkliche Legationsrat Schnee in Betracht. Für den Posten des Unterstaatssekretärs werden mehrere Kandidaten genannt, indessen dürfte es sich hierbei lediglich um Kombinationen handeln.

Weitere Männer im Kolonialamt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Die Ernennungen für das neu geschaffene Reichskolonialamt sind nunmehr erfolgt. Zum Unterstaatssekretär ist der seitiger Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Friedrich v. Lindemann, ernannt. Es verläutet, Lindequist werde nochmals eine kurze Zeit nach Südwestafrika zurückkehren, um seinem Nachfolger die Einarbeitung in die Gouvernementsgeschäfte zu erleichtern. Der Wirkliche Legationsrat im Reichskolonialamt, Dr. Schnee, ist mit der Wahrnehmung der Direktorialgeschäfte beauftragt. Zu vortragenden Räten im Reichskolonialamt sind Regierungsrat Baurat Baizer, der Geheimne Regierungsrat Haber, der bisherige kommissarische Oberichter in Deutsch-Südwestafrika, Dr. Anton Meyer, Legationsrat Dr. Heinke ernannt. Zu ständigen Hilfsarbeitern sind ernannt Regierungsrat Ohwald, Regierungsrat Brückner und der Privatdozent der Berliner Universität, Dr. Böpfel. — Wenn auch an den nicht gerade guten Verhältnissen in unseren Kolonien durch das Kolonialamt nichts gebessert wird, so kostet es doch den Steuerzahlern wenigstens recht viel Geld.

Ein echt preussischer „Wilderungs“erlass. Bürgerliche Blätter berichten: „Nach den Enthüllungen über die Schäden der Polizeiaufsicht, die der Prozeß gegen den „Hauptmann von Köpenick“ brachte, versprach der Minister des Innern bekanntlich eine Neuordnung der Polizeiaufsicht. Die entsprechende Verfügung ist jetzt ergangen. Um dem entlassenen Gefangenen durch eine zweckmäßig geordnete Fürsorge die Rückkehr zu einem geregelten sozialen Leben zu erleichtern, hat der Minister soeben angeordnet, daß, solange der Beurteilung einer geordneten Fürsorge untersteht, alle Maßregeln unbedingt vermieden werden sollen, welche geeignet sind, ihm eine geeignete Tätigkeit zu erschweren, wie zum Beispiel Erkundigungen nach ihm durch Polizeibeamte. Die Polizeibehörden sollen von Zeit zu Zeit bei den Fürsorgeorganen anfragen, ob der Verurteilte der Fürsorge noch untersteht. Vor der Ausweisung eines Verurteilten soll festgestellt werden, ob er sich unter die Aufsicht eines Fürsorgevereins gestellt hat, eventuell soll er hierzu direkt oder durch Vermittlung geeigneter Personen angeregt werden. Personen, welche sich einer solchen Aufsicht unterstellt haben, sollen in der Regel nicht ausgewiesen werden.“ Diese „Neuordnung“ gegen die frühere „Ordnung“ gehalten, ist gehalten wie gestochen. Der Ukas des preussischen Polizeiministeriums schafft zweierlei Recht für die entlassenen Sträflinge; die einen, die sich unter die Aufsicht eines Fürsorgevereins begeben, sollen „in der Regel“ nicht ausgewiesen werden. Aber gerade um diese andern Elemente handelt es sich, deren Latkraft noch nicht gebrochen und deren Anteiligkeit hinreichend ist, daß sie sich zutrauen, auch ohne „Aufsicht“ eines Fürsorgevereins in der bürgerlichen Gesellschaft wieder festen Fuß fassen zu können. Ganz abgesehen davon, daß die Fürsorgevereine die ihrer Obhut Anvertrauten meist sozial sehr minderwertigen und deshalb schlecht entlohnenden Arbeiten zuführen. Die erwähnten andern Elemente aber läßt der Ministerialerlass vollständig aus dem Spiel und überantwortet sie nach wie vor der Vogelfreiheit und den Polizeibürokraten.

Gesetzes-Irrtümer. In der letzten Reichstags-sitzung (53. Sitzung) am Dienstag rügte Genosse Stadthagen, daß Bundesrat und Reichskanzler sich herausgenommen hätten, zwei Irrtümer im Brausteuergesetz und Erbschaftsteuergesetz zu berichtigen, ohne erst die erforderliche Genehmigung des Reichstages zu erbitten. Er stellte demgegenüber die Tatsache, daß man Irrtümer in mehreren Gesetzen zu Ungunsten der Arbeiter einfach unkorrigiert haben lassen, so z. B. im § 124 der Gewerbeordnung, im § 8 des Unfallversicherungsgesetzes und im § 1715 des Bürgerlichen Gesetzbuches. In dem letzteren Paragraphen war bestimmt, daß der Vater verpflichtet ist, der Mutter die Kosten der Entbindung und die Kosten des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung innerhalb der Grenzen

der Notdurft zu ersetzen. Der Reichstag hatte auf sozialdemokratische Anträge hin die Worte „innerhalb der Grenzen der Notdurft“ gestrichen und weiter als zu ersiehend hinzugefügt: „sowie die durch die Schwangerschaft oder das Wochenbett herbeigeführten sonstigen Nachteile“. Die Streichung ist in die Zusammenstellung des Textes im Reichsgesetzblatt aufgenommen worden. Der Zusatz hingegen ist vergessen worden, obwohl er für die Bekämpfung der hohen Sterblichkeit der unehelichen Kinder sehr wertvoll gewesen wäre. Die Regierung hat sich auch nicht veranlaßt gesehen, hier nachträglich eine Änderung vorzunehmen oder zu beantragen. Bei dem Lärm, den die Sinker bei diesen Ausführungen des Genossen Stadthagen machten, sind seine Ausführungen auf der Tribüne dahin mißverstanden worden, als ob auch die Streichung versehentlich nicht in dem Gesetzestext aufgenommen worden sei. In Wahrheit ist dies doch geschehen, nur daß die Richter sich in der Praxis vielfach nicht im mindesten daran halten. Der Irrtum im Bericht sei aber hiermit richtiggestellt.

Die Feinde lernen von uns. Die von der nationalliberalen Partei im Wahlkreise Bochum geplante Rednerschule wird am 3. Juni ins Leben treten. Es hat sich bereits eine genügende Anzahl Schüler für den Kursus gemeldet und weitere Anmeldungen stehen bevor. Obenan stehen in dem Lehrplan Parteigeschichte, Nationalökonomie, soziale Gesetzgebung. Ferner werden besondere Unterrichtsstunden angelegt für die Arbeiterversicherungsgesetzgebung, Geschichte des Sozialismus und des Kommunismus, preussische und deutsche Verfassung, Finanzwissenschaft, Steuerfragen, die Industrien des Weltmarktes, Gewerkschaftsbewegung, Kommunalpolitik und private Arbeiterfürsorge. Der Kursus wird drei Monate dauern. Ob der Schutzpatron des Hottentottenblocks nicht das Lehramt für Geschichte des Sozialismus und Kommunismus übernehmen wird, denn er hat in seinem Silvesterbrief in dieser Materie ein profundes Wissen bekundet, als er die französische Revolution als ein Produkt von Jakobinern und Kommunisten ansprach. Während des Wahlkampfes hatten übrigens die Nationalliberalen in Köln eine Rednerschule eingerichtet, die über ähnliche Gegenstände „unterrichtete“. Der Kursus nahm nur einen Tag in Anspruch, was für Nationalliberale schließlich auch genügt!

Warum? Der nationalsozial-freimüthige Eigenbrödlerv. Gerlach schreibt über die Frage der Neueinteilung der Reichstagswahlkreise?

„Darum ist es die erste Pflicht der Liberalen, immer von neuem, in jeder Session mindestens einmal, die Neueinteilung der Wahlkreise durch Interpellationen oder Initiativanträge zur Debatte zu stellen, einerlei, ob der „Block“ dabei zum Ruine geht oder nicht. Untersteht in diesem billigen Unternehmen sollten sie von den Interessenten werden, in erster Linie von den Handelskammern und den Vertretungen der großen Städte. Der Reichstag und der Bundesrat müssen überschwenkt werden mit Petitionen, die eine gerechte Grundlage für die Volksvertretung fordern. Warum beschäftigen sich nur die Schöneberger Stadtverordneten mit dieser Frage? Warum bleiben Städtetag und Handelsstag stumm? Wahrlich, hätte das deutsche Bürgertum auch nur den zehnten Teil der Energie und des Selbstbewußtseins der preussischen Junker, die Gleichheit des Wahlrechts wäre schon jetzt keine bloße Phrase mehr, sondern eine Tatsache.“

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Gerlach hat darin ganz recht, daß das liberale Bürgertum, wenn auch nur noch ein Funken von Liberalismus in ihm steckt, eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise längst erzwingen haben müßte! Aber auch Herr v. Gerlach sollte doch wissen, daß der Liberalismus da, wo er die Macht hat, in den Kommunen nämlich, das ohnehin beschränkte Wahlrecht noch verschlechtert hat. Der Freisinn ist eben nur freisinnig in der Phrase; in der Praxis ist er genau so reaktionär wie sein neuer politischer Zeitgenosse, der ostelbische Sinker!

Ein Dummerrungstreich. Die Untersuchung in der „Offenbacher Bombenaffäre“ hat ergeben, daß es sich nur um einen Dummerrungstreich handelt. Die Spur desjenigen, der den Unfug verübt hat, ist bereits aufgefunden und wird verfolgt. — Die Scharfmacherpresse, die schon drauf und dran war, dieses „Bomben-Unterfang“ zu fruktifizieren, ist um eine Hoffnung ärmer!

Die Zeugnisfoster bis zur völligen Erschöpfung. Nachdem Genosse Paul Schlegel in Nürnberg seine Zeugnisfoster wieder angetreten hat, wurde ihm von dem Kulmbacher Amtsrichter Frohnauer ein Schriftstück zugestellt des Inhalts, daß seine Haft am 17. Oktober 1907, abends 5 Uhr 10 Minuten abläuft. Die Herren Frohnauer und Hornschuh gedenken also wirklich das Zwangsmittel „bis zur völligen Erschöpfung“ auszunützen. Der Unternehmer Hornschuh will seine Rache voll und ganz genießen, und das Gericht leistet ihm Beistand. Schade, daß man den harinackigen Sünder nicht zuweilen mit glühenden Zangen zwicken und in die spanischen Stiefel zwängen kann, wie in der guten alten Zeit!

Österreich-Ungarn.

Die Wahlen in Galizien. Die Wahlen in Galizien, die zum größten Teil erst am Freitag stattfanden, haben leider einen Mißton in die herrliche Harmonie des Wahlkampfes gebracht. Nicht deswegen, weil die Zahl der eroberten Sitze in Galizien gering ist. Das war bei dem fast reinagrarischem Charakter dieses Kronlandes nicht anders zu erwarten. Aber schmerzlich berührt es, daß Genosse Daszynski, der verdiente Führer der polnischen Sozialdemokratie Galiziens, der langjährige Vertreter der fünften Kurie unter dem Kurienwahlrecht, diesmal, bei der ersten Wahl unter dem freien Wahlrecht, unterlegen ist. Inwiefern dabei der ungeheuerliche Wahlschwindel der den Schlachtchizgen als willkürliches Werkzeug dienenden korrupten Behörden mitgewirkt hat, wird noch festzustellen sein. Vorläufig ist jedenfalls der berechtete Sprecher der polnischen Sozialdemokratie aus dem Parlament hinausgedrängt. Die Meldung über den Wahlausfall lautet: Nach den vorliegenden Resultaten über die am 14. d. M. und am 17. d. M. stattgehabten Wahlen in Galizien wurden gewählt: 5 polnische Volkspartei, 3

Konservative, 3 Demokraten, 2 polnische Zentrum, 2 Mitglieder der ukrainisch-ruthenischen Partei, 2 radikale Ruthenen, 1 Ultrathene, 1 Sozialdemokrat, 1 polnischer Wähler. In 9 Landgemeinden ist ein zweiter Wahlgang und in 7 Wahlbezirken sind Stichwahlen notwendig. In Krakau unterlag der Sozialdemokrat Daszynski gegen den fortschrittlichen Demokraten Petelenz.

Nach Wislawischem Muster. Nach Meldungen aus Wien bemüht sich der Ministerpräsident Baron Beck angelegentlich, ein Kompromiß der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten für die Stichwahlen zustande zu bringen. Von militärischer Seite wurden bei der Krone Besorgnisse erregt, daß durch das Anwachsen der Sozialdemokraten Schwierigkeiten für die Botierung militärischer Vorklagen im Reichsrat entstehen könnten. In einer großen Versammlung freisinniger Wiener Wähler am Freitag wurde entschieden gegen jedes Wahlkompromiß mit den Christlich-Sozialen protestiert. Es wird weiter gemeldet: Die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Wahlkompromisses der bürgerlichen deutschen Parteien für die Stichwahlen wurden gestern im Ministerratspräsidium in Anwesenheit der Führer der deutsch-freisinnlichen Parteien und Christlich-Sozialen fortgesetzt. Von der Herbeiführung eines Kompromisses in Wien wurde vollständig abgesehen, dagegen ist es betreffs einer ganzen Reihe von Bezirken in den Kronländern gelungen, ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten zu sichern. Im allgemeinen waltet der Wunsch vor, unter allen Umständen ein weiteres Durchdringen der sozialdemokratischen Kandidaten zu verhindern.

Rußland.

Die Duma. Über die Dumasitzung vom 20. Mai wird offiziös berichtet: Der Präsident verliest zunächst einen von Mitgliedern der Rechten eingebrachten Antrag, in dem an den Minister des Innern die Anfrage gerichtet wird, ob die Gerichte von einem Kompromiß gegen den Kaiser auf Wahrheit beruhen und, wenn dies der Fall sei, ob der Minister der Duma Einzelheiten darüber mitteilen könne. Ministerpräsident Stolypin erklärt, obgleich die Interpellation nicht zu denjenigen gehöre, welche die Regierung zu beantworten verpflichtet sei, wolle er doch mit Rücksicht auf die Gefühle, welche die Duma-Mitglieder bewegten, den amtlichen Bericht mitteilen, der durch die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht werden würde. Im Februar d. J. hätten die Petersburger Sicherheitsbehörden die Mitteilung erhalten, daß sich in Petersburg eine Gesellschaft gebildet habe, welche den Zweck habe, eine Reihe terroristischer Akte zur Ausführung zu bringen, um das bestehende Regime zu stürzen. Darauf sei eine lange Untersuchung eingeleitet, um die Mitteilung auf ihre Wahrheit hin zu prüfen und es sei eine Reihe von Personen ausfindig gemacht, welche als Mitglieder in diese Gesellschaft eingetreten seien oder geheime Beziehungen mit ihr unterhalten hätten. Die Mitglieder der Gesellschaft hätten sich in ihren Wohnungen, die sie stets mit großer Heimlichkeit gewechselt hätten, Bericht erstattet und in ihren Berichten und Briefen stets geheime Texte und Worte gebraucht. Am 13. April habe man 28 Personen, die dieser Gesellschaft angehörten, verhaftet und am 17. April habe der Sicherheitsdienst der Staatsanwaltschaft die Gründe für die Verhaftung mitgeteilt. Die Staatsanwaltschaft habe an demselben Tage einen Untersuchungsrichter mit der weiteren Untersuchung der Angelegenheit beauftragt, die sofort begonnen habe und bis jetzt ohne Unterbrechung fortgeführt sei. Durch die bisherige Untersuchung sei festgestellt, daß viele der verhafteten Personen in die Partei der Sozialrevolutionäre eingetreten seien, um einen Anschlag gegen den Kaiser ins Werk zu setzen und Gewalttaten gegen den Großfürsten Nicolaus Nicolajewitsch und den Ministerpräsidenten zu verüben. Die Mitglieder der Vereinigung hätten versucht, in das kaiserliche Palais einzudringen, doch seien diese Versuche nicht gelungen. Nachdem Stolypin diese Mitteilung gemacht hatte, nahm die Duma einstimmig folgende Tagesordnung an: Von lebhafter Freude über die glückliche Rettung des Kaisers aus der Gefahr, die ihn bedrohte, erfüllt und voll tiefer Entrüstung über den verbrecherischen Anschlag, geht die Duma zur Tagesordnung über. Nachdem die Beifallsbezeugungen sich gelegt hätten, betrat die Sozialdemokraten und die Mitglieder der Arbeitspartei, die dem Anfang der Sitzung ferngeblieben waren, den Saal. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden zwei Interpellationen besprochen, von denen eine auf die bei dem Duma-Mitgliede Dzol vorgenommene Haussuchung und die andere auf ungesetzliche Handlungen sich bezog, die von der Gefängnisverwaltung in Ulagach (Sibirien) gegen politische Gefangene begangen sind. Ministerpräsident Stolypin hält das Verhalten der Polizei in der Wohnung Dzols, die beständig zu Zusammenkünften von Revolutionären benutzt worden, für gesetzlich und erklärt, die Polizei werde bei ähnlichen Gelegenheiten stets ebenso verfahren. (Beifall auf der Rechten.) Der Justizminister wendet sich sodann gegen die „Uebertreibungen“ bei den Zwischenfällen in Ulagach. Verschiedene Redner machen sich über die ministeriellen Erklärungen lustig, worauf Stachowitsch auf die Nutzlosigkeit von Interpellationen hinweist, wenn man den Worten der Minister keinen Glauben schenken wolle. Die Duma nimmt schließlich eine Tagesordnung an, in der Revision des Gefängniswesens gefordert wird. Das Haus geht zur Beratung der Agrarfrage über. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, dagegen ein Antrag, die Debatte über die Agrarfrage heute zu Ende zu bringen, obgleich noch 50 Abgeordnete auf der Rednerliste stehen, angenommen. Inwiefern ist der Sitzungsraum bereits 10 Minuten später leer, so daß sich der Präsident gezwungen sieht, um 7 1/2 Uhr die Sitzung aufzuheben.

Gewalttaten. In der Nacht zum Montag wurde im Wiborger Stadtteil in Petersburg ein Schußmann auf Posten erschossen, ein zweiter schwer verwundet. — In der Nähe des Polizeibüros in der Schukowskistraße in Odessa wurde eine Bombe geworfen, die mit furchtbarer Kraft explodierte. Ein Stadteilsaufseher wurde dabei getötet und sein Gehilfe, ein Revieraufseher, zwei Schutzleute und vier Vor-

übergehende wurden verwundet. Der Täter, ein Stiefelpuher, wurde verhaftet. — Aus Jelostok (Russ.-Polen) wird berichtet, dort sei ein angesehenener Arzt namens Mines von zwei unbekanntenen Männern erschossen worden. Die Mörder entkamen. — Unweit der Station Musajowo bei Minsk brachten Räuber nachts einen Eisenbahnzug zum Stehen und versuchten, in den Waggon einzudringen, in dem einige Kassenboten der Bahn saßen, die zu Lohnzahlungen auf der Bahnlinie 200 000 Rubel mit sich führten. Zwischen den Räubern und den den Zug begleitenden Soldaten kam es zu einem Feuergefecht, bei dem erstere schließlich gezwungen wurden, die Flucht zu ergreifen.

Älteste Sanktion der Meckelien im Rigaer Gefängnis. Im Tagesbefehl des Wilnaer Militärbezirks vom 30. April 1907, ad 130, wird folgendes zur Kenntnis gebracht: „Auf dem Alleruntertänigsten Rapport des Chefs des 116. Mascharenoschen Infanterie-Regiments über das Zurückschlagen des Angriffs der rebellierenden Arrestanten des Rigaer Gefängnisses seitens der Wachtposten hat S. Majestät eigenhändig zu verzeichnen geruht: „Haben den Kopf nicht verloren — brave Jungen, die Wachtposten!“ Bekanntlich bestand die „brave“ Tat der Wachtposten darin, daß sie auf geringfügigen Anlaß hin 7 wehrlose Politische töteten und 17 verwundeten. Das Lob des Zaren gewinnt dadurch besondere politische Bedeutung, daß es nach Annahme einer Interpellation in der Duma über die ungesetzliche Handlungsweise der Rigaer Gefängnisadministration erfolgt ist. Bevor noch das Ministerium diese Interpellation beantwortet und die Duma ihr Urteil über dieselbe gefällt hat, erscheint der „konstitutionelle“ Zar mit seinem unbefchränkten Lob der angeschuldigten Personen und deckt die grausame Meckelie und die ungesetzliche Handlungsweise der Administration mit seiner kaiserlichen Unverantwortlichkeit. Welche Folgen derartige Schritte für die Untergrabung des monarchischen Gedankens in den weitesten Schichten der Bevölkerung haben muß — daran denken die Ratgeber des schwächlichen Zaren wohl am allerwenigsten. Den prinzipiellen Feinden der Monarchie kann diese Politik nur willkommen sein. Je schneller — desto besser.

Nach berühmten Mustern. Das gnädige Lob, das Nikolaus II. den Verursachern der Rigaer Meckelien gespendet, beginnt Schule zu machen. Vom 15. Mai wird aus Wilna telegraphisch gemeldet, daß der militärische Oberbefehlshaber, General Rennenkampf, aus Anlaß der Unruhen in der Regimentshauptwache, bei deren Unterdrückung nach 16 abgegebenen Schüssen bloß einer der Verhafteten verwundet wurde, im Tagesbefehl folgendes zur Kenntnis bringt: „Ich finde, daß die Unteroffiziere vollkommen ungeübt im Schießen sind, wenn sie beim Nahschießen 15 Fehlschüsse geben konnten.“

Schweiz.

Tatjana Leontieff. Aus Penzburg wird berichtet: Tatjana Leontieff, die den Rentier Müller aus Paris tötete, wurde wegen ausgebrochener Geistesstörung von der hiesigen Strafanstalt einer Vernichten Irrenanstalt überwiesen. Ein tragisches Schicksal verfolgt die Tapfere, die in der Absicht, Rußland von dem Blutmenschen Durnowo zu erlösen, einen Unschuldigen erschoss und für ihre Tat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Australien.

Parlamentswahlen. Das Ergebnis der Parlamentswahlen in Queensland ist folgendes: Gewählt wurden 24 Ministerielle, 20 Sozialdemokraten und 28 Mitglieder der Opposition.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 22. Mai.

Achtung, Holzarbeiter! Zugang nach Mölln (Lauenburg) ist ferngehalten.

Travemünde. Gesperrt für Bauarbeiter ist das Geschäft von Söhmann.

Diejenigen Genossen, welche noch nicht über die Mai-feier-Karten abgerechnet haben, werden ersucht, dies morgen, Donnerstag abend, zu tun. Der Kassierer, Genosse Ad. Ehlers, wird von 8-10 Uhr im Vereinshaus anwesend sein.

Lohnzahlung bei Arbeitsbehinderung. Häufig kommt es vor, daß bei Betriebsstörungen der mannigfachen Art die Arbeiter behindert werden, ihre Arbeit fortzusetzen. Sie werden dann vielfach bis zur Behebung der Ursache der Betriebsstörung nach Hause geschickt und der Lohn für diese Zeit wird ihnen abgezogen. Besonders fühlbar macht sich dieser Uebelstand bei Akkordarbeitern, während die Zeitlohnarbeiter ja manchmal ihren Lohn weiter gezahlt erhalten. In allen solchen Fällen ist der Lohn aber voll zu zahlen. Bei Zeitlohn also der vereinbarte Lohn, bei Akkordarbeitern ist so viel zu berechnen, als beim gewöhnlichen Lauf der Dinge während der Behinderungszeit verdient worden wäre. § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches lautet nämlich: „Kommt der Dienstverrichtete (der Arbeitgeber) mit der Annahme der Dienste in Verzug, so kann der Verpflichtete (der Arbeiter) für die infolge des Verzugs nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein. Er muß sich jedoch den Wert desjenigen anrechnen lassen, was er infolge des Unterbleibens der Dienstleistung erpirt oder durch anderweitige Verwendung seiner Dienste erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt.“ Das Wort „böswillig“ ist nun nicht so zu verstehen, daß dem Arbeiter bei solchen Behinderungsfällen jede Arbeit zugemutet werden könne, oder daß er verpflichtet wäre, jede ihm nachgewiesene andre Stelle anzunehmen. Die Beurteilung der Frage, ob in dem einzelnen Falle Böswilligkeit vorliegt, wird wesentlich davon abhängen, daß der Arbeiter durch die Nichtbenutzung dargebotener Arbeitsgelegenheit gegen Treue und Glauben verstößt. Auf jeden Fall hat der Arbeitgeber den Beweis der Wahrheit zu führen. In einer Anzahl von Fällen kann auch der Arbeiter verhindert sein, seine Arbeit zu verrichten, z. B. bei Krankheit, Kontrollversammlungen, Wahrnehmung von Gerichtsterminen zc. Nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches hat der Arbeiter auch dann Anspruch auf Vergütung, wenn er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Arbeit verhindert ist. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, der ihm für die Zeit der Behinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- und Unfallver-

sicherung zukommt. Auch der auf Stücklohn Arbeitende hat diesen Anspruch auf Vergütung. Dem Arbeiter ist der Durchschnittsbetrag oder der auf den vereinbarten Mindestlohn entfallende Betrag zu zahlen. Der Arbeiter muß sich nur die Beiträge aus der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung abziehen lassen. Die Beiträge aus privaten Kassen oder die Unterstützungen, die den zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften zu zahlen sind, sind nicht abzuziehen.

Präsident Dr. Hoppenstedt als Verklagter. Der Landgerichtspräsident Hoppenstedt hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einer hiesigen Strafkammer am 20. April zwei streikende Holzarbeiter u. a. angeklagt mit den Worten: „Schämen Sie sich, das Gericht so zu belügen“, „Lügen Sie nicht“, „Sie sind hier nicht in einer Volksversammlung“. Dadurch fühlten sich die Betroffenen, von denen 1. H. einer als Angeklagter, der andere als Zeuge vernommen wurde, beleidigt und erhoben Klage gegen Dr. Hoppenstedt. Heute mittag sollte nun der Sühnetermin stattfinden, doch war der Verklagte nicht erschienen. Der Prozeß wird nunmehr weiter ausgedacht werden, über den Ausgang desselben, der unter allen Umständen sehr lehrreich ist, werden wir selbstverständlich ausführlich berichten.

Eine Lübecker Expedition zur wissenschaftlichen Erforschung Afrikas wird in die Wege geleitet. Wir lesen darüber im „S. G.“: Ein Lübecker, Günter Lehmann, ist vor einiger Zeit von einem dreijährigen Aufenthalt in Süd-Kamerun nach Lübeck zurückgekehrt. Während dieser drei Jahre in Westafrika hat Lehmann alle freie Zeit auf wissenschaftliche Forschung linguistischer, ethnologischer und zoologischer Art verwandt und seine Resultate in dieser Hinsicht sind bemerkenswerte. Eine reiche Ausbeute hat er während dieser Zeit dem Lübecker Museum übermittelt, außerdem brachte er an 300 Vogelbälge, 11 000 Insekten und Schmetterlinge sowie eine ethnologische Sammlung von Götzen, Hausgerät, Spielzeug usw. mit. Aber seine Forschungen hielten vorige Woche Herr Lehmann in der Gemeinnützigen Gesellschaft einen Vortrag, und in dem sich anschließenden Herren-Abend kam zum Ausdruck, daß Lübeck mit Westafrika schon seit 50 Jahren durch die Erwerbungen Heinrich Brechmers und Heinrich Wätens, die den Grundstock zu den westafrikanischen Sammlungen gebildet hätten, in Verbindung stehe. Es sei deshalb angebracht, Herrn Lehmann zu einer zweiten Reise in jenes Gebiet auszurüsten. Das Hauptgewicht sei nicht auf die Reise durch Süd-Kamerun zu legen, sondern auf den Aufenthalt im spanischen Kolonialgebiet südlich des Kongo-Grenzflusses, da Herr Lehmann den Dialekt der dortigen Waanque vollständig beherrsche, und von anderer Seite wissenschaftliche Forschungen in diesem Gebiet nicht zu erwarten seien. Zu dem Zweck sei es nötig, Herrn Lehmann so zu stellen, daß er seine ganze Zeit der Forschung widmen könne, wie wie bisher durch Gummihandel seine Existenz sichern zu müssen. Es würden hierfür pro Jahr 3000 Mark erforderlich sein. Diese Anregung wurde allgemein gebilligt und auch vom Direktor der Gemeinnützigen Gesellschaft, Herrn Bürgermeister Dr. Schön, warm befürwortet. Da außer dem ethnographischen Museum auch das naturhistorische und das Handelsmuseum in Betracht kämen, wurde der Wunsch ausgesprochen, den Museumsfonds, der für außerordentliche Museumszwecke bestimmt sei, in Anspruch zu nehmen. Einen weiteren Teil der Kosten würde die Gemeinnützige Gesellschaft tragen. Komme dann von Privaten noch einige Unterstützung hinzu, so sei die Expedition gesichert. Die Versammlung beschloß, mit der Aufbringung der Mittel sofort vorzugehen.

**Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das Lübeckische Bürgerrecht!**

Straßensperr. Wegen vorzunehmender Siedelarbeiten wird die Strecke der Rosenstraße von der Rosenforte bis zur Gr. Gröpelgrube vom Mittwoch, den 22. Mai ab, bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Ein „Bund Vaterländischer Arbeitervereine Deutschlands“ hat sich auf Betreiben des Hamburger Sekretärs des „Wirtschaftlichen Schutzverbandes“, Schaper, gebildet. Es sollen sich 43 Vereine mit 7000 Mitgliedern angeschlossen haben. Der „Bund“ steht in der Sozialdemokratie seinen „Dauereisen“ und will seinen Mitgliedern Schutz gegen den „sozialdemokratischen Terrorismus“ bieten, stellt also eine Filiale des „W. Sch.“ dar. Herr Schaper hielt bei der Tagung des Bundes in der Pfingstwoche in Hamburg eine Ansprache. Das einleitende Referat hatte der ehemalige Bergarbeiter und jetzige Reichstagenverbandssekretär Ernst Waldenburg i. Schl. In der Diskussion sprachen Dunkel-Mustau, Krocht-Maxburg, Werftarbeiter Berger-Kiel, Renner-Bremerhaven und Wessell-Gera. Der Kaiser und Bülow wurden antelegraphiert. — Die Feindschaft dieses Bundes“ gegen die Interessen der Arbeiter wird am einfachsten und besten durch die Tatsache bewiesen, daß das Amtsblatt ihm eine warme Begrüßung zuteil werden ließ. Wenn die schlimmsten und unehrlichsten Gegner der werttätigen Bevölkerung mit ihrer Gönnerschaft beehren, der ist ihrer wert!

Ertrunken ist am ersten Pfingsttage der Tapezierlehrling Grefmann. Derselbe ruderte nachmittags mit einem Freunde auf der Trave. Um noch einen Bekannten in das Boot aufzunehmen, fuhren sie nach der Raimauer nahe des Schuppens 3. Hier war es nicht möglich, einzusteigen und deshalb wollte G. das Boot an der Raimauer bis zur nächsten Treppe entlang schieben; dabei fiel er über Bord und konnte leider nicht mehr gerettet werden. Die Leiche wurde eine Stunde später gefunden.

pb. Leichenfund. Am 19. d. Mts., morgens gegen 4 Uhr, wurde ein hiesiger Gelegenheitsarbeiter auf einem Abort unter der Holstenbrücke als Leiche aufgefunden. Ein Schlaganfall dürfte seinem Leben ein Ziel gesetzt haben.

pb. Verhaftet wurde auf Grund einer Requisition der Polizeiverwaltung in Bramstedt am 18. d. Mts., abends, ein von dort zugereister Zimmergenosse wegen Körperverletzung.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Behlendorf ist der bisherige Vorsitzende des Gemeindevorstandes, Gufner H. S. Ehlers in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt worden. Das Stadt- und Landamt hat die Wahl bestätigt.

Wilhelm-Theater. Man schreibt uns: Am Donnerstag geht „Der Erbe von Baskerville“ schon zum 4. Male in Szene. Wer Sherlock Holmes Roman nicht kennt, auf den wird das Stück sicher Eindruck machen, denn es enthält wirklich wirkame und nervenreizende Szenen.

Sherlock Holmes entwirrt wiederum alle jene Geistesgaben, die seine Freunde ebenso in Erstaunen versetzen, wie seine Feinde in Furcht. Die neueste Detektiv-Romäne wird sicher hier, wie überall, bald Rassenmagnet werden. Die Vorstellungen beginnen jetzt an den Wochentagen um 8 Uhr.

Schwartz. Gestorben ist leider die Frau (nicht Fräulein) Berlin geb. Geetz, welche, wie wir gestern berichteten, von einem Kremler überfahren wurde. Die Verletzungen waren so schwer, daß auch die ärztliche Kunst keine Rettung mehr bringen konnte.

Hamburg. Aus dem Hamburger Parteileben. Zum Parteisekretär von Hamburg wurde in der am Freitagabend stattgehabten Delegiertenversammlung der Hamburger Landesorganisation anstelle des in die Redaktion des „Anhilfsarbeiter“ eintrittenden Genossen Albert Roste Genosse Stube, langjähriger Vorsitzender des Parteiver eins für den dritten Hamburger Wahlkreis, gewählt. Vor Jahren wurde angeregt, eine Gesellschaft der Hamburger Partei herauszugeben. Der Sache soll nun näher getreten werden. Mit dem Erfolg derselben wurden die Vorstände betraut, die zur Bearbeitung des Materials sich mit einer geeigneten Person in Verbindung setzen sollen. — Wieder ein enlarvter Terrorismus-Schwindel. Zurzeit der Ausperrung der Schauerteute hat sich die bürgerliche Presse geradezu ungeheuerliches in Schwindelnachrichten über „terroristische Ausschreitungen der Streikenden“ geleistet. Eine Glanznummer bildete u. a. eine Schauergeschichte über die Mißhandlung eines englischen Arbeitswilligen durch ausgesperrte Schauerteute auf der Veddel. Der dieser Schauergeschichte zugrunde liegende wahre Vorfall kam am Freitag, wie das „Echo“ berichtet, zur gerichtlichen Verhandlung. „Es genügt nun, festzustellen, daß der Mißhandelte kein englischer Arbeitswilliger, sondern ein englischer Schiffskoch ist, der in einer Wirtshaus auf der Veddel in betrunkenem Zustande die Gäste belästigte und zum Baren herausforderte, deshalb vom Wirt an die frische Luft befördert wurde und dann auf der Straße von zwei Gästen, mit denen er boksen wollte, verhauden worden sein soll. Diese Gäste waren aber keine ausgesperrten Schauerteute, hatten auch mit der Ausperrung ebenso wenig zu tun, wie die ganze Affäre. Aus dieser, mit der Ausperrung in gar keinem Zusammenhang stehenden Affäre hat das Preßgefühl die Lügengeschichte von dem „Terrorismus der Ausgesperrten“ zusammengeschwindelt und zwar, wie bemerkt werden muß, unter beherrschlicher Beihilfe, denn die lügenhafte Mitteilung ist von amtlicher Stelle inspiriert worden! Da durch die Gerichtsverhandlung der freche Schwindel aufgedeckt worden ist, schweigen die bürgerlichen Blätter, die den Schwindel mitgemacht haben, die Gerichtsverhandlung einmütig tot!“

Hamburg. Streik der Seeleute. In einer gestern abend im Sternensaal tagenden von etwa 1200 Seeleuten beauftragten Versammlung wurde beschlossen, sofort in den Streik einzutreten. Der Vorsitzende Lorenz bemerkte einleitend, daß es die neuen Mitglieder wohl eigentlich bedauert habe, daß vom Vorstand aufgefördert sei, die Annäherung zu verweigern, es handle sich nur um einen alten Beschluß, wozu man den Vorstand in der letzten Versammlung ermächtigt habe. Hierauf rekapituliert der Verbandsvorsitzende W. Müller den vorigen Streik und bemerkt ebenfalls, daß die letzte Versammlung dem Vorstand die Vollmacht erteilt habe, bei günstiger Gelegenheit wieder an die Reeder heranzutreten. Gleich nach dem Streik hatten verschiedene Reeder schon versucht, die erhöhte Feuer wieder zurückzugeben. Die Behandlung und Beköstigung an Bord der Schiffe sei nicht besser, sondern noch schlechter geworden. Um hier Remedur zu schaffen, sei es erforderlich, eine Bescherdelokommision zu schaffen, bei der die Seeleute sich einmütig ordentlich aussprechen könnten. Die Stimmung und die Situation sei eine ernste und günstige, das rühre von der Schauerleute-Ausperrung her. Auch erinnern sich die Seeleute an den Streik vom vorigen Jahre im April und Mai. Die Seeleute der Ostsee-Provinzen hätten bereits vor einiger Zeit die beabsichtigten Forderungen an die Reeder gestellt, und sei die Forderung in zwei Tagen und nach kurzer Verhandlung in Klostok und Bismar bewilligt worden. In allen Ostseefahrten wollten die Reeder die Feuer für Nord- und Ostseefahrt von 60 Mk. auf 65 Mk. und für transatlantische Fahrt auf 70 Mk. bewilligen. Die Scharfmachereien gingen von den Reedern an den Nordseefahrern aus, und deswegen müsse sofort der Streik beschloffen werden. Ein langes Besinnen solle es für die Reeder nicht geben. Hierauf wurde folgende Resolution gegen fünf Stimmen angenommen: „Die am 21. Mai in Hamburg-Altona versammelten organisierten Seeleute Hamburg-Altonas billigen durchaus alle bis dato seitens der Verbandsleitung in Verbindung mit den Vertrauensleuten der Seeleute in Sachen der Lohn- und Tarifbewegung getroffenen Maßnahmen und sprechen ihr dafür ihre Anerkennung aus. Die Versammelten beschließen, sofort in den offiziellen Streik einzutreten, weil sie der Überzeugung sind, daß ihnen auf Grund des bisherigen Verhaltens des Vereins der Reeder ihren Forderungen gegenüber ein anderer Weg gar nicht offen stand, und eben diesen Forderungen, die unter dem 20. Mai erneuert gestellt sind, reederseitige Anerkennung zu verschaffen. Die organisierten Seeleute Hamburg-Altonas erwarten von der öffentlichen Meinung, daß sie auf diesen Umstand die gebührende Rücksicht nimmt und über ihr plötzliches Vorgehen ein gerechtes Urteil fällt. Von den Seeleuten, früheren Seeleuten und Arbeitern Hamburgs und ganz Deutschlands erwarten die organisierten Seeleute Hamburg-Altonas in diesem Kampfe unbedingte Solidarität. Indem die versammelten organisierten Seeleute ihrer Verbandsleitung erneut unbedingtes Vertrauen aussprechen, erklären sie sich zu sofortigen Friedensverhandlungen zwischen einer Vertretung des Vereins Hamburg-Needer und einer von den Seeleuten selbst zu wählenden Kommission unbedingte bereit.“

Kiel. Segelboot gekentert. In der Nähe des Dickerbades Schillsee kenterte ein Segelboot. Die drei Insassen desselben, ein Oberlehrer, eine Marineoffizier und ein Kieler Student, ertranken. — Ein weiterer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich zwischen Friedrichsort und Holtkenau. Drei Hamburger und einige Kieler Herren waren in Kajaks nach Laboe gefahren; bei dem stürmischen und böigen Wetter ein mehr als waghalsiges Unternehmen. Gegen drei Uhr fuhren die leichten Boote in kurzen Abständen nach Kiel zurück. Zwischen Friedrichsort und Holtkenau verschwand Rechtsanwalt Dr. Korn aus Hamburg. Seine Begleiter kamen vollständig durchnäht ans Land. Alle angestellten Nachforschungen blieben ohne Erfolg. Weder von dem Vermissten noch von seinem Kajak wurde eine Spur gefunden.

Saderleben. Auf traurige Weise verlor der 12jährige Sohn des Friseurs Fischer sein Leben. Er hatte bei einer Vorführung lebender Photographien eine Szene aus dem Indianerleben gesehen, die unter anderem auch eine Pinrtigung durch den Strang darstellte. Das wollte er nun im Spiel mit anderen Jungen versuchen, wurde aber im entscheidenden Augenblick im Strich gelassen. Er konnte auch den vorher benutzten Stuhl nicht erreichen und gab somit innerhalb weniger Minuten seinen Geist auf. Seine nach etwa 10 Minuten das Zimmer betretenden Eltern fanden ihren Sohn als Leiche vor.

Letzte Nachrichten.

Danzig. Schwere Seeunfall. Wie die „Danz. Zeitung“ aus Adlerhorst meldet, wurde dort gestern morgen ein gekentertes Rutter bemerkt, auf dessen Kiel ein Mann sich festhielt. Der Mann, ein Fischer aus Gela, wurde an Land gebracht. Er gab an, daß er vorgestern abend mit Passagieren von Gela nach Zoppot abgefahren sei. Untenwegs sei der Rutter gekentert, wobei seine beiden Kinder über Bord gefallen und ertrunken seien. Die Passagiere und ein anderer Sohn des Fischers sollen sich noch in der Kajüte des gekenterten Rutters befinden, der frei auf der See treibt.

Blankenstein a. d. R. Bei einer Seilfahrt in See bei Blankenburg setzte der niedergehende Korb zu scharf auf. Drei Bergleute wurden schwer und elf leicht verletzt.

Münster. Drei Menschen ertrunken. Gestern vormittag ertranken bei Bermaning in der Harz infolge Kenterns eines Kahnbes der Vorstand des Straßen- und Flussbauamtes, Bauamtmann Kahn, Bauamtlasseffor Spiegel und zwei Arbeiter. Die Leiche eines Arbeiters ist bereits geborgen worden.

Handels- und Markt Nachrichten.

Sterschanz-Viehmarkt

21. Mai.

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 678 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preis: Verkaufsschweine schwere 48-49 Mk., leichte — 50 Mk., Sauen 39-44 Mk. und Ferkel 46-50 Mk. pro 100 Pfund.

Briefkasten.

Ein Leser. Für den Fall des Zollbeamten K. kommt der § 1 des Haftpflichtgesetzes in Betracht, welcher lautet: „Wenn bei dem Betriebe einer Eisenbahn ein Mensch getötet oder körperlich verletzt wird, so haftet der Betriebsunternehmer für den dadurch entstandenen Schaden, sofern er nicht bewies, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Getöteten oder Verletzten verursacht ist.“ Es müßten demnach Ansprüche an die Direktion der Lübeck-Mitteler Bahn erhoben oder ev. eine Klage angestrengt werden.

J. Entin. Wenn es sich 1906 um rückständige Steuern gehandelt hat, so lag zweifellos die Verpflichtung vor, dieselben zu bezahlen. Im anderen Falle würde G. bei der Regierung die Rückerstattung der zuviel gezahlten Steuern beantragen müssen. G. tut gut, jetzt einfach die Weiterentrichtung der Steuern unter Vorzeigung des Totenscheines seines Vaters zu verweigern und das weitere abzuwarten. — In der zweiten Angelegenheit erhalten Sie demnächst brieflich Bescheid.

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten“ zu agitieren.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: E. G. Schwärz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

1. Distrikt. Heute Mittwoch abend 8 1/2 Uhr im Vereinshaus.

Verband der Zimmerer.
Fest-Komitee-Sitzung
Donnerstag abend 8 1/2 Uhr bei Mohr. D. G.

Heute nachmittag entschlief sanft mein innigstgeliebter Mann und meiner Kinder treuergebender Vater,
Fritz Eißmann, Pianist.
Tief betrauert von
Bertha Eißmann Ww., geb. Claffen, und Kinder.
Lübeck, den 20. Mai 1907.
Die Beerdigung findet Freitag vorm. 9 1/4 Uhr von der Kapelle des Allgemeinen Kirchhofs (Burgtor) aus statt.
Beginn der Feier 9 1/4 Uhr.

Zentralverband der Zivilmüller
Ortsverein Lübeck.

Am Montag, den 20. ds. Ms., starb unser Kollege

Fritz Eißmann.

Ehre seinem Andenken.
Beerdigung Freitag, den 24. d. Ms., vormittags 9 1/4 Uhr, von der Friedhofskapelle Burgtor aus.

Für die überaus zahlreiche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter

Henny Burmeister

und

Anna Frymark

sagen allen unsern tiefgefühlten Dank, ganz besonders jedoch Herrn Pastor Paeniel für die trostreichen Worte.

Familien Burmeister und Frymark.

Danksagung.
Allen, die unserer lieben Mutter die letzte Ehre erwiesen haben, sowie für die reiche Kranzspende sagen herzlichen Dank.
Fr. Werner und Frau, geb. Köpper.

Kindertloses Ehepaar sucht 2-3-Zimmerwohnung nebst Zubehör zum 1. Juli in der Vorstadt St. Lorenz.
Off. u. S 20 an die Exp. d. Bl.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.

Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet.
Gebe rote Lubeca-Marken.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter.
Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum
Ausflug nach Mölln
am Sonntag, den 9. Juni d. Js.

Preis der Fahrkarte hin und zurück Mk. 1.50.
Rückfahrt 11 Uhr 5 Min.
Preis der Balkarte 50 Pfg., Damen frei.
Anmeldungen nehmen die Mitglieder und Kollege P. Spittler, „Zur guten Quelle“, Hüßstraße 44, entgegen.

Das Komitee.

Zu vermieten eine abgeschlossene Zweifamilienwohn. mit Zubehör zum Nr. v. 215 Nr. i. d. Hartengr. Näh. Lachswehr-Allee 1a.

Starke Sellerie- u. Kohlpflanzen
empfehlen
Friedrich Moll, Storfelsdorf.

Für Hausstandslumpen 4 Pfg. per Pfund aufwärts, für Eisen und Metalle zahlte höchste Preise. Bitte Postkarte.
Waisenhofstraße 25.

Allen voran
in Preiswürdigkeit und Haltbarkeit sind die **Arbeitsgarderoben** aus Lübeck's ältestem Spezialgeschäft von **Louis Levy** Klingenberg 5 III: Gte Marlesgrube
gestr. Lederhosen 2.10 3.50 4.50 b. 7.50
braune 2.20 3.50 4.50 „ 10
blaue Blotthosen 1.95 2.50 3.50 „ 6.50
Maurerhosen 2.50 3.75 4.50 „ 8.50
Manchesterhosen 3.50 4.50 5.75 „ 10
Zwinihosen 1.50 2.20 3.— „ 4.50

Spezialität: Hamburger Schnitt-
hosen f. Maurer, Schlosser, Zimmerer

Sämtliche Bandweiten in Hosen vorrätig! — Blauleinen Hosen und Jacken 1.10 bis 2.50 Mk. Blau und weiß gestreifte Kasen und fein. Hemden, Maler-Jacken und -Hosen von 1.90 Mk. an. Maler-Mittel von 2.30 Mk. an.
Rote Rabattmarken!

Gute Zigarren, 100 Stk. 2.00 Mk. Johannistr. 17/19.

Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, erschien soeben:
Frauenleiden und deren Verhütung.
Nebst einem Anhang:
Die Verhütung der Schwangerschaft.
Von Dr. J. Zadek.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Gesangverein der Zimmerer.

Ausflug

nach der Solsteinischen Schweiz
am Sonntag, den 9. Juni.

Abfahrt vorm. 7.40 Uhr nach Grensmühlen.
Rückfahrt abends 11.28 Uhr von Gutin.
Abends: Ball in Gutin bei Schröder.

Fahrtpreis à Person 1.75 Mk.
Mitglieder, Freunde und Bekannte des Vereins, welche am Ausflug teilnehmen wollen, werden gebeten, sich bis zum 7. Juni beim Obmann Hermann Schumann, Ernestinenstraße 13, beim Vereinswirt, Hundestraße 41, oder bei den Sängern des Vereins zu melden. Den Mitgliedern wird vom Verein 1 Mk auf die Fahrt vergütet.
Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.

Donnerstag: 12. Abonnements-Vorstellung.
Ein neuer großer Sherlock-Holmes-Erfolg!
Der Erbe von Baskerville.

Ein Sherlock Holmes-Erlebnis in 4 Akten nach Conan Doyle's Detektivroman:
Der Hund von Baskerville.

Anfang 8 Uhr.
Freitag:

Der Weg zur Hölle.

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.



Jedes Heft ist reich illustriert!

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,** Johannistr. 46, sowie deren Kolporteurs und Austräger.

Kunst und Klassenkampf *)

Wir haben gelernt, daß die Geschichte eine Kette von Kämpfen ist, geführt von unterdrückten Klassen gegen ihre Beherrscher, geführt mit wechselnden Waffen um die gleichen Ziele — um Brot und um Freiheit. Noch ein dritter Stegpreis winkt, den Ringenden nicht immer bewußt, die Anteilnahme an dem, was man Kultur nennt, der Mitgenuß der Dinge, die von den Künstlern geschaffen werden; — die Sehnsucht nach der Schönheit des Lebens ist auch eine geschichtliche Triebkraft.

Ich las vor kurzem den Vortrag eines modernen Poeten. Er redete davon, daß in der Brust des Künstlers, wie in einem Brennpunkt, alle Strahlen der Welt zusammenlaufen. Er meinte, der Dichter umfasse alle Formen und Farben des Lebens mit der gleichen Liebe. Den getupften Herrgottskäfer im grünen Gras wie den Adler in blauen Sonnenhöhen. Den gewaltigen Dom, dessen steinerne Blumen und schlanke Türme gen Himmel weisen, wie den Handwebstuhl in der niederen Schwarzwaldstube. Eines jeden Dinges eigene Schönheit spiegle sich im Kunstwerk wieder.

Die Erfahrung von Jahrhunderten redet aber eine andere Sprache. Der Spiegel, den ein Dichter seiner Zeit entgegenhält, hat blinde Stellen. Es spiegelt sich darin nicht die Welt, sondern nur die Welt der Herrschenden, der Herren von heute und — manchmal — der Herren von morgen.

Einige herbe Beispiele mögen die Behauptung erläutern.

Wir haben in der Schatzkammer unseres deutschen Schrifttums ein Dichtung „Heiland“, — bald tausend Jahre alt, — sie behandelt das Leben von Jesus Christus. Aus dem milden Prediger von Nazareth ist ein strahlender Fürstsohn gemacht, der mit seinem Gefolge, den Aposteln, im gelobten Land umherzieht und Abenteuer erlebt. Mit größter Begeisterung ist jene, gewiß recht unchristliche, Szene besungen, wie der brave Petrus mit scharfem Schwert dem Kriegsknecht ein Ohr abhaut. Man spürt deutlich, der Erzähler hat mehr Freude an dem Ohr, das abgehakt wurde, als an dem, das stehen blieb. Die dünne Schicht der adeligen Regierer konnte sich ihren Heiland nicht anders denken, denn als ritterlichen Gott oder göttlichen Ritter. Und im Nibelungenlied kichert es wieder von Speer und Schild, jubelt es von frunkenen Festen bei Hof, von kühnen Jagden im jubelnden Wasgenwald; von tapferen Fahrten ins ferne Ungarland und von Kriegen und Siegen. Es weint und klagt über den Streit von zwei schönen Königinnen, über Not und Tod herrlicher Helden, — man hat diese Dichtung verglichen mit einem düstern hochgetürmten Bau, zwischen dessen Quadern langsam rotes Blut herniederriecht. Aber der ritterliche Sänger weiß nur von dem Fürstenblut, das gekostet, und von den Edelgeborenen, die verraten wurden, zu fingen. Die Knechte und Unfreien mögen kämpfen und fallen, — sie bleiben namenlos, — sie bedeuten nichts im Leben wie in der Kunst der Zeit.

Wenn Walther von der Vogelweide in Liedern voll Süße und Wohlklang die deutsche Art preist, so meint er nur die höfliche Ritterart, und die Frauen, denen er huldigt, sind die Herrinnen der Burgen und Schlösser. Die Magd in der Küche, die Bäuerin auf dem Acker, die Herbergsmutter am Wege finden keinen Platz in seinen Gedanken und Träumen.

So spinnt es sich weiter bis ins 18. Jahrhundert. Im Drama traten als handelnde Personen nur Grafen, Barone, Fürsten und Prinzen auf, begleitet von hoch-

*) Aus einem Vortrage des Genossen Dr. Ludwig Frank in der Freien Volksbühne in Berlin.

mühtigen Priestern; die Bischöfe und Päpste gehörten zur Herrenkaste.

Das änderte sich, als im Bürgertum mit seinem Reichtum das Bewußtsein wuchs, daß es eine unentbehrliche Klasse sei, daß auf seinen Schultern alle Lasten in Staat und Gesellschaft ruhten, daß es aber trotzdem ohne Einfluß auf die Gestaltung der Zustände sei. Am fernen, politischen Horizont zogen sich die Wetterwolken der drohenden französischen Revolution zusammen. Und da gab das Bürgertum in der Literatur seine Bisttenkarte ab. Es kam ein Lessing und nach ihm eine lange Reihe von Dramatikern bis zu Heibel, die wagten, bürgerliche Schauspiele zu schreiben, die Stoffe und Gefühle und Konflikte aus der bürgerlichen Umgebung ihrer Helden zu nehmen, und so die Gleichberechtigung der Bourgeoisie mit dem Adel künstlerisch durchzuführen, lange bevor sie bei dem rückständigen kleinstaatlichen Elend verwirklicht war. Als sich endlich zeigte, daß der Grundadel und die Kirche keinen Herrn neben sich dulden wollten und daß die erstarkende Bürgerklasse die Teilnahme an der Macht nur mit blutiger Gewalt erzwingen könne, fand das Klassenbewußtsein dichterischen Ausdruck in den politischen Kampfliedern der Herwegh, Prutz, Dingeldey und Freiligrath.

Von der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ab wird offenbar, daß sich die Gesetzgebung und Verwaltung, trotzdem die Revolution niedergeworfen war, den Bedürfnissen der Bourgeoisie anzupassen anfang, — die wohlhabend gewordenen Bürger werden in den Ring der Regierungsfähigen aufgenommen, ein Lieblingsstoff wurde jetzt die Vermählung eines Bürgertöchterlein mit einem Blaublütigen. Und dann wiederholte sich unter neuem Namen das alte Spiel. Im Gefolge der Dampfmaschine und des mechanischen Spinn- und Webstuhls war eine neue Gesellschaftsklasse entstanden, die der Industriearbeiter, der Proletarier. Ihre Zahl, ihre Bedeutung, wuchs. Aber vergeblich wird man in den Romanen und Dramen bis zum Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts einen Arbeiter finden. Die große Masse der Besitzlosen, die nur von ihrer Arbeit leben, waren für die Künstler nicht vorhanden. Gewiß! man mag vielleicht einmal bei Spielthagen einen Scheinarbeiter finden. Er trägt aber nur den schlechten Rock des Proletariats, er hat eine unwahre, erborgte Seele. Entweder ist er ein ausgemachter, komödiantenhafter Bösewicht oder ein Ausbund aller denkbaren Tugenden.

Das änderte sich erst, als die Arbeiter sich ihrer Klassenlage und ihrer Macht bewußt wurden und selbständige Organisationen schufen. Hunderttausende von stolzen, aufrechten Menschen scharten sich um die rotleuchtende Fahne des Sozialismus, immer lauter und dringlicher und ungeduldiger klopften die Ausgebeuteten an die Pforten der Herrschenden, immer lauter klang der Tritt der Massen, die zur Ablösung der Regierenden herandrückten. In diesem Zeitpunkt erst zeigten sich die Spuren der neuen Bewegung auch in der Kunst. Gerhart Hauptmann und Arno Holz und viele Nachfolger zeichneten in ihren Werken wirkliche Arbeiter, wie wir sie kennen, in all ihrer Not, ihrem Elend, ihrem Schmutz, aber auch in ihrem unerwüßlichen Zukunftssehnen und -Hoffen. Heijermans in Holland und Gorki in Rußland spielten die gleichen Noten. Frankreich und England, deren industrielle und politische Entwicklung ein rascheres Tempo hatte, waren auch in der Kunst schon früher bei diesem Stadium angelangt. In den Romanen Benjamin Disraelis aus den vierziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts und in den früheren Werken Tolstas findet sich die Bestätigung. Den gleichen Weg haben die anderen Künstler zurückgelegt. Man betrachte nur bei einem Gang durch die Pinakothek in München

oder durch die Nationalgalerie in Berlin, was aus der purpurglänzenden Himmelskönigin Maria in der modernen Malerei geworden ist — ein armes Proletarierweib, dem Hunger und Sorge die Stirne gefurcht haben.

Aber die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse äußert sich nicht bloß indirekt durch einen dem Schöpfer unbewußten Niederschlag im Kunstwerk, sondern vielfach auch direkt durch den Einfluß der Herrschenden auf den abhängigen Künstler. Es sollte einmal eine Kunstgeschichte geschrieben werden, geleitet von dem Grundgedanken, zu untersuchen, wer in einer bestimmten Zeit die Dichter, die Maler, die Musiker ernährt hat, — die adeligen Sänger, die von Burg zu Burg zogen, die Bildhauer und Baumeister die an den Höfen der Kirchenfürsten lebten, die geistprüherden Spötter, die zum Amüsement der französischen Könige den Glauben an die mittelalterlichen Mächte unterwühlten. Heute sind die Zusammenhänge nicht mehr so unmitttelbar. Im Zeitalter des Kapitalismus ist auch das Kunstwerk zur Ware geworden, der Dichter ist gezwungen, sein Produkt einem Unternehmer, einem Theaterdirektor oder Verleger, zur Verwertung zu übergeben, er muß den Markt beschicken, und sein Publikum besteht aus all den Leuten, die Geld genug haben, sich ein Buch oder ein Theaterbillet zu kaufen. Dazu zählt erst ein sehr kleiner Teil der Arbeitermassen. So lange Hunderttausende Hunger leiden, gilt das Wort, daß in der Sehnsucht der Proletarier die Kunst nach dem Brote kommt. Aber es sind doch Anfänge gemacht worden. Wie die Besitzlosen sich in Konsumvereinen zusammengetan haben, um Kohlen und Kaffee und Zucker etwas billiger und besser zu kaufen, so wurden von den Arbeitern an manchen Orten Kunstkonsumvereine gegründet, die sogenannten Freien Volksbühnen, — aus diesen bejehenden Keimen und Knospen werden purpurne Zukunftsbüthen erwachen. Die Kunst wird vom Volk, vom ganzen Volk, und das Volk von der Kunst, von einer ganzen Kunst, erobert werden.

Soziales und Parteileben.

Generalversammlung des Transportarbeiter-Verbandes. Die Nachmittagsitzung des ersten Tages wurde mit Begrüßungsreden eröffnet. Erschienen sind noch als Gäste ein Kollege als Vertreter der Budapester Transportarbeiter, sowie ein Vertreter der ungarischen Parteiorganisation. Den Bericht der Mandatsprüfungscommission erstattete Zimmer-Breslau. Hier wurden verschiedene Monitas erhoben. Die Mandatsprüfungscommission beantragte, mehrere Mandate für ungültig zu erklären. Nach langer Debatte wurden drei Mandate für ungültig erklärt. Hierauf trat Vertagung ein. — Am Dienstag erfolgte die Berichterstattung. Den Geschäftsbericht des Vorstandes gab Schumann. Derselbe ergänzte den vorliegenden gedruckten Bericht, dem wir entnehmen, daß der Verband, der am Schlusse des Jahres 1904 in 198 Verwaltungsstellen 40405 Mitglieder zählte, am Schlusse des letzten Geschäftsjahres 81784 Mitglieder in 257 Verwaltungsstellen zu verzeichnen hatte. Die Mitgliederzunahme betrug demnach im Berichtsjahre 41379 oder 102,4 Prozent. Die Situation ist allerdings eine sehr große. Die Ursache hierfür liegt zum Teil an dem mangelnden inneren Ausbau mancher Zellstellen. Die Zentralisation hat im Berichtsjahre weitere erfreuliche Fortschritte gemacht; verschiedene größere Lokalverbände in Berlin und Hamburg haben sich dem Zentralverband angeschlossen, andere Lokalorganisationen werden voraussichtlich bald folgen. Hervorgehoben sei hierbei die Verschmelzung der süddeutschen Strassenbahner mit dem Verbande. Hinsichtlich des Zusammenschlusses mit den Hafendarbeitern, den Seeleuten und Eisenbahnern ist bereits im Vorjahre auf einer Vorstandskonferenz die Grundlage geschaffen worden. Der Ausbau der Gauorganisationen ist nunmehr erfolgt; 16 besoldete Gaubeamte sind angestellt. Mit dem Zentralverband der Konsum- und Produktiv-Genossenschaften ist ein Tarifvertrag

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreyer.

27. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Die Antwort blieb Dulzers in der Kehle stecken. Er hatte nur die Empfindung, als wenn er mit einem Kopfschütteln vernichte. Blöcklich lachte Otti auf, als wollte sie damit etwas andeuten, was sie sich auszusprechen scheute. Es war ein seltsames, schrilles Lachen, das Dulzers durch die Nerven fuhr. Sofort war sein Gedanke: „Weshalb fragt sie so eigentümlich? Und weshalb lachte sie, wo eigentlich keine Veranlassung vorliegt? Ahnt sie etwas, oder weiß sie es gar?“ Jede Faser in ihm war erregt, das Blut schoß ihm in den Kopf, so daß er das Brennen der Wangen empfand. Von plötzlichem Trotz gepackt, blieb er stehen und wendete sich mit einem lächelnden Ausdruck. Als er sie lauernd mit einem Blitze streifte, fiel ihm ihre Blässe auf, die ihm noch mehr zu denken gab. Noch kurz zuvor hatte sie doch so frische, rote Wangen gehabt. Zum Glück schnitt die Hänfling das Gespräch darüber mit den Worten ab: „Unterhalten wir uns doch nicht von solchen Dingen — heute, wo wir uns amüsieren wollen. Otti kann nun so was schon gar nicht vertragen.“

„Ich bitte die Damen tausendmal um Verzeihung für meine Ungeheuerlichkeit“, fiel Passen höflich ein. „Sie haben recht, gnädiges Fräulein, — es war sehr unvorsichtig von mir.“
Dulzers atmete auf, denn er war nun vom bloßen Zufall überzeugt. Passen ließ seinen Humor spritzen und erweckte aufs neue das Lachen der Damen. „Gott sei Dank, daß sie ihre Farbe wieder bekommen hat“, dachte Dulzers, als er Otti ansah. Er redete sich nun ein, daß nur der Dünwets Passens auf seinen unglücklichen Freund sie so blaß macht habe.
Passen blieb plötzlich stehen und meinte, daß, wenn es die Damen nicht geniere, er vorschlage, einen Hirschweg einzuschlagen, der eine ganz bedeutende Geste abschneide.
„Also was ein Hirschweg ist, wissen Sie auch?“ warf Dulzers ein.
„Jawohl, mein Verehrtester. Schon als kleiner Junge

wußte ich das, als mein Vater mich mit in den Wald nahm. Er war nämlich Oberförster.“

Dulzers erhob bedeutungsvoll die Nase. Nun konnte er sich auch das Verständnis Passens für die Natur erklären.

„Bekommt man immer Hirsche zu sehen, wenn man solchen Weg geht?“ fragte Fräulein v. Hänfling mit gesuchter Einfall, worauf Passen erwiderte, daß, wenn sie es befehle, er das „nächstmal“ dafür sorgen würde, daß der Weg rechts und links mit einer ganzen Reihe garniert werde, und wenn er sie von der Börse herholen solle. Ein lautes „Au“ Ottis unterbrach ihn und erweckte allgemeine Heiterkeit. Dann erklärte Passen der Hänfling die Bedeutung eines derartigen Weges, den man auch „Hirschwechsel“ nenne, weil das Wild auf ihm wechsle, das heiße, in ein anderes Revier eintrete, wobei ein Stück hinter dem andern gehe.

Nun brauchen Sie sich bloß noch 'nen Schießprügel anzuschaffen, Fräulein — und die Nimrodin ist fertig“, warf Dulzers dazwischen, der ihr ebenfalls einen kleinen Stich versehen wollte.

Sie hatte aber sofort die nötige Antwort bereit. „Dann würde ich jedenfalls nicht so viel Pulver nutzlos verschießen, wie Sie schon auf mich losgeschallt haben. ... Haben Sie überhaupt schon mal wirklich in Ihrem Leben geschossen?“

Da hatte er wieder seinen Teil weg, ohne daß sie ahnte, an welcher wunden Stelle sie ihn getroffen hatte. Er würde sich wohl hüten, ihr die richtige Antwort darauf zu geben, deshalb sagte er lieber garnichts und zuckte nur mit den Achseln. Heute schien alles darauf verfaßt zu sein, sein Gemüt durch unbedachte Anspielungen in Aufruhr zu bringen. Aber das kam von seinen Herausforderungen. So wollte er lieber die Vorsicht die Mutter der Weisheit sein und die übrigen für sich sprechen lassen. Velleicht behandelte ihn dann das Fatum gnädiger und ließ ihn heute doch noch zum Vergnügen kommen.

Alle vier schritten im Gänsemarsch dahin, Passen an der Spitze, gefolgt von den Damen mit leicht gehobenen Kleidern, und als letzter folgte Dulzers, der nun völlig in Schweigen gehüllt war, während die anderen lachten und scherzten.

III.

Wie verschlafen in winterlicher Schönheit lag Baulsborn, als sie anlangten. Die ungeheure Schneelandschaft erdrückte es förmlich mit ihrem Weiß und ließ es wie ein Riesenspielzeug im Walde erscheinen. Aus dem Schornstein des Wohnhauses stieg eine dünne, blaue Rauchwolke kerzengerade zum Himmel empor, der sich allmählich wieder mit einem leichten Wolkenschleier überzogen hatte. Ein Hund schlug an, ohne daß man ihn hören konnte. Dann wieder die vorige, wundersame Stille. Durch die kalten Zweige der Kastanien schimmerte wie verwaschen in Grau und Weiß das Jagdschloß mit seinen Spizen und Kanten, zu dessen Füßen sich der Brunwaldsee wie ein großes Leichentuch der Natur dehnte, umringt von der erstarrten Waldsammler, die schwer, wie trauernd, die Äste hängen ließ. Von den dunklen Kiefernstämmen hoben sich leuchtend die Birken ab, die mit ihren weißen Strahlenfronten sich wie riesige Schneebüthen ausnahmen.

In der kleinen Glashalle, die an der Straße lag, saß inmitten der leeren Stühle und Tische ein einsamer Gast, trank seinen Kaffee und rauchte seine Zigarre dazu. Vor dem Haupte gackerten die Hühner herum und trugten nach den Brotkrumen im Schnee. Durch Karl, der hinten bereits ausgepasst hatte, war das Raufen seiner Herrschaft verklüftet worden, und so kam ihnen der Wirt entgegen und bat sie in das Gastzimmer zur rechten Hand hinein, wo der Tisch schon gedeckt war.

Das Zimmer war klein und niedrig, aber durchströmt von behaglicher Wärme, die sie nach dem langen Warten wohlthuend empfanden. Es gab nur wenige Gerichte, die aber um so ausersüßlicher waren. Derartige intime Dinners, die von kleinen Gesellschaften plötzlich angesagt wurden, die dann später die Schlittenfahrt zur Verdauung benutzen wollten, erfreuten sich hier draußen eines gewissen guten Rufes.

Man tafelte ermattet und schweigend, trotz des alten Bordeaux, den Dulzers sich mit Selters mischte, da er hübige Getränke am Tage nicht liebte. Plötzlich in diesen Raum versetzt, war er nicht besonders aufgelegt zum Sprechen. Um so lebhafter wurden dann Otti und Passen. Sie scherzten und lachten, als wären sie die Einzigen im Zimmer. Selbst der Kellner, ein Faktotum, das à la Weidmann im Jackett

verehbart worden. Der finanzielle Stand des Verbandes ist ein annehmbarer. Der Kassenbestand in der Hauptkasse betrug am Schlusse des Vorjahres 260 018,79 Mk., in den Verwaltungskassen 249 235,01 Mk. In Streckunterstützung sind 286,495,99 Mk., an Gemahregelunterstützung 90 096,94 Mk. veranschlagt worden. 1906 wurden insgesamt 7662, 1905 7187 Versammlungen im Reiche abgehalten. Der „Courier“, das Verbandsorgan, hat seit 1904 eine Steigerung seiner Auflage um 300 Proz. aufzuweisen; dieselbe ist von 60 000 auf 100 000 Exemplare gestiegen; für die Straßenbahner ist eine Extrabeilage zum „Courier“ herausgegeben worden. — In seiner weiteren Ergänzung des Berichtes behandelte Schumann in eingehender Weise die kaum glaubliche Agitationsmethode des Bauerverbandes, der seinen Hauptzweck an vielen Orten aufschneidend nur darin erblickt, im Transportarbeiterverband organisierte Bierfahrer, Seltener Wasserarbeiter, Kellerei- und Lagerarbeiter, ja sogar Expeditionsführer für den Bauerverband zu gewinnen. Weiter wies er darauf hin, daß die Mittel des Verbandes zum Teil mit verbräuchelt sind zur Förderung der Organisationen der österreichischen Transportarbeiter. Die Berichterstatter Schumann nahm den ganzen Vormittag in Anspruch. Hier auf trat Vertagung ein.

Verbandsstag der Töpfer. In der Freitag-Vormittags-Sitzung kamen zunächst die internationalen Vereinbarungen zur Abstimmung. Sie wurden von der Generalversammlung einstimmig gutgeheißen. Sie erstrecken sich auf die Bruderorganisationen Oesterreichs, Ungarns, Bulgariens, Rumaniens, Dänemarks und Schwedens. Vertreter aus der Schweiz und aus Dänemark haben zwar nicht an der Konferenz teilgenommen, doch haben die dortigen Bruderorganisationen schriftlich ihr Einverständnis erklärt. Als internationaler Sekretär wurde der deutsche Verbandsvorsitzende Drunzel gewählt. Ihm ist Mitteilung zu machen von allen Streiks, Lohnbewegungen und Sperrten, die dann im „Töpfer“ bekanntgegeben und von den anderen Fachblättern übernommen werden. Der internationale Sekretär wird jährlich einen Bericht herausgeben. Die Kosten tragen, prozentual berechnet, die Verbandsorganisationen gemeinschaftlich. Die Berichte aus den einzelnen Ländern sind alljährlich im März oder April dem internationalen Sekretär einzusenden. Die Vertreter der Verbandsorganisationen erklären, daß bei Streiks und Aus-sperrungen nach Möglichkeit für gegenseitige moralische wie finanzielle Unterstützung gesorgt werden soll. — Nach Erledigung dieses Punktes wurden die Diäten der Delegierten festgesetzt, und zwar auf 8 Mark. Außerdem wurde eine Entschädigung für den verlorenen Arbeitsverdienst beschlossen, die je nach dem Wochenbeitrag von 35, 45, 55 oder 65 Pf. 4, 5, 6 oder 7 Mark pro Arbeitstag beträgt. Darauf wurde über die Beschickung des internationalen Arbeiterkongresses in Stuttgart beschlossen und Drunzel einstimmig als Delegierter des Töpferverbandes gewählt. Sodann berichtete Heimlich über die Arbeiten der Statutenberatungskommission. Die Generalversammlung beschloß darauf verschiedene Statutenänderungen, von denen hervorzuheben sind: eine Verfügung in das Statut, die den beschlossenen internationalen Vereinbarungen entspricht; eine Erhöhung der Wochenbeiträge um 5 Pf., die somit betragen: bei Wochenverdiensten bis zu 17 Mk.: 40 Pf., von 17—21 Mk.: 50 Pf., von 21—30 Mk.: 60 Pf., und über 30 Mk.: 70 Pf., und Beseitigung des Wochenbeitrags erwerbsloser Mitglieder, der 15 Pf. betrug; diese erwerbslosen Mitglieder haben sich mindestens einmal zur Kontrolle zu melden. Zur Wanderunterstützung hatte die Statutenberatungskommission eine Erhöhung der Unterstützungssätze von 80 Pf. auf 1 Mk. vorgeschlagen; dies lehnte die Generalversammlung jedoch ab. Der Passus des Statuts, der den Zentralvorstand berechtigt, bei großen Streiks die Wochenbeiträge zu verdoppeln, wurde in der Weise abgeändert, daß dem Zentralvorstand das Recht zusteht, in solchen Fällen die Beiträge mindestens zu verdoppeln. In der Nachmittags-Sitzung wurde die Beratung und Abstimmung über die zum Statut vorliegenden Anträge fortgesetzt. Die Umzugsunterstützung, ebenso die Reiseunterstützung bleiben in der bisherigen Form und Höhe bestehen. Das gleiche gilt von der Krankenunterstützung, zu der ein Antrag der Kommission vorlag, die Dauer der Unterstützung für die älteren Mitglieder auf 11 und auf 13 Wochen zu erhöhen, was aber von der Generalversammlung mit 32 gegen 26 Stimmen abgelehnt wurde. Auch die Sterbeunterstützung bleibt unverändert bestehen. Zu den Bestimmungen über die Streckunterstützung wurde bei dem Paragrafen: „Für die ersten drei Tage wird Streckunterstützung nicht bezahlt“, angefügt: „Bei Streiks und größeren Ausperrungen ist der Zentralvorstand im Einverständnis mit der Streckkommission berechtigt, die Karenzzeit zur Erlangung der Unterstützung zu verlängern“. Zu dem Abschnitt „Ortsliche Verwaltung“

mit grünem Krage ging, genierte sie nicht. Und als die Hänfling einmal ein wohlgemeintes: „Aber Otti!“ einwarf, bekam sie ein ärgerliches: „Aber so lassen Sie mich doch, Fräulein“, zurück. Ottis Wangen glühten, und wie in einem seltsamen Rauche leuchteten die Augen, sobald Passen das Glas ergriff, um ihr mit einem tiefen Blicke zuzutrinken. Wenn Wäterchen andauernd den Langweiligen spielte, dann wollte sie wenigstens den Gast nicht beleidigen. Das war in Gedanken ihre Ausrede, die ihr „süß“ vorkam.

Durch die kleinen Fenster sah man den herrlichen Schneewald, der tot und starr seine weißen Spitzen zeigte. Kein Mensch war draußen zu sehen. Nach etwa einer Stunde hörte man wieder das helle Läuten der Glocken vom Schlitzen, den Karl nun vom Hofe auf die Straße lenkte. Dulters, der zuletzt auffallend oft die Uhr heranzog, hatte schon beim letzten Gange dem Kellner die Bestellung an den Kutscher überreicht. Er wollte den Aufenthalt hier nicht zu lange ausdehnen, denn plötzlich war er auf den Gedanken gekommen, doch noch einmal vor Kontor-Schluss nach dem Geschäft zu fahren. Man mußte auch sehen, daß man bald in die Stadt käme, denn es wurde früh finstern. Als er sich dann endlich eine Zigarre anstecken durfte und Passen aus seinem Stuhl eine Anbot (er hatte sich zur Vorsicht seine eigene Sorte mitgebracht), — atmete er auf und wurde nun endlich gesprächig.

„Gott sei Dank, Wäterchen, daß du dich endlich unser noch erinnerst. Werten, daß du wieder in Ostpreußen warst? ... Sie müssen nämlich wissen, Herr von Passen, — außer seiner Tochter hat mein Vater auch noch keine Bäume. Auf die ich natürlich manchmal sehr eifersüchtig bin.“

Dulters, die dampfende Schote vor der Nase hin und her schwenkend, lachte kurz auf, ohne recht zu wissen, warum.

„Dafür werden diese Bäume auch alle abgehauen und in Gold verwandelt Ihnen dann vor die Füße gelegt.“ fiel Passen ein.

„Ach gehen Sie doch“, wehrte sie ab. „Geld macht nicht glücklich.“

„Das wäre noch sehr die Frage, ob Ihr Herr Papa derselben Ansicht ist.“

Und als Dulters darauf mit einem starren Lächeln die Antwort schuldig blieb, fuhr Otti wieder fort: „Wie viel Stämme habt Ihr diesmal bei dem Grafen Luz geschlagen, Wäterchen?“

im Statut beschloß die Generalversammlung, daß Filialen in Städten über 100 000 Einwohnern und ausgebehrter geographischer Lage, wenn sie nachweislich mit den ihnen zustehenden 20 Prozent der Verbandsbeiträge ihre örtlichen Verwaltungskosten nicht bestreiten können, weitere 5 Prozent bewilligt erhalten. Ein Antrag der Filiale Berlin, den von der Münchener Generalversammlung beschlossenen Paragrafen, daß, wo einseitige — nicht paritätische — Arbeitsnachweise bestehen, das Umschauen gestattet ist, zu streichen, wurde sehr energisch von Kemmig-Berlin vertreten, und im selben Sinne sprachen Segawe, John und Decker-Berlin. Jener Paragraf hat, wie die Redner ausführten, hier in Berlin sehr zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse wie der Arbeitsvermittlung beigetragen. — Der Antrag wurde angenommen, womit also der Paragraf beseitigt ist. Die letzte Sitzung mußte, um die Tagesordnung zu erledigen, bis in die späten Abendstunden ausgedehnt werden. Nach einstündiger Pause wurden die Verhandlungen um 7 Uhr fortgesetzt. Zum Abschnitt **G a u e** des Statuts wurde ein neuer Passus beschlossen, wonach die Kosten der Gautage von den daran beteiligten Filialen, der Mitliederzahl entsprechend verteilt, zu tragen sind. Ferner wurde eingefügt, daß die Gautage vor der Generalversammlung des Verbandes abzuhalten sind. Eine lebhafte Debatte rief ein Antrag mehrerer Filialen hervor, wonach die Gauleiter in Zukunft, statt vom Zentralvorstand ernannt zu werden, von den Gautagen gewählt werden sollten. Der Antrag wurde jedoch mit 27 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Ein folgender Antrag, den Gauleitern auf der Generalversammlung nur noch beratende Stimme zuzugestehen, nicht wie jetzt auch beschließende, wurde mit 28 gegen 22 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Eine wichtige Frage, die nun zur Entscheidung kam, war die Anstellung besoldeter Gauleiter, die von mehreren Filialen beantragt wurde. Die Statutenberatungskommission schlug probeweise Anstellung zweier Gauleiter vor. Diesen Vorschlag lehnte die Generalversammlung mit 33 gegen 23 Stimmen ab, beschloß dagegen, dem Zentralvorstand Auftrag zu geben, der nächsten Generalversammlung Vorschläge zu einer neuen Einteilung und Anstellung besoldeter Gauleiter zu machen. Die wie bisher unbefoldeten Gauleiter sollen bei Agitationsreisen und dergleichen 8 Mk. Diäten und 7 Mk. Entschädigung für verlorenen Arbeitsverdienst erhalten. Der Diätensatz von 8 Mk. gilt auch für die Zentralvorstandsmitglieder bei Reisen im Verbandsinteresse. Zum Abschnitt „Zentralvorstand“ wurde beschlossen, daß die Revisoren der Zentralkasse von der Generalversammlung gewählt werden sollen, statt von der Filiale, wo der Zentralvorstand seinen Sitz hat. Gewählt wurden als Revisoren: Erik Wolff, Otto Bläsing und Mertens-Berlin. Sodann wurde über die Regelung der Gehälter der Angestellten im Zentralvorstand beschlossen und in dieser Hinsicht wurden die Vorschläge des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses angenommen. Die Generalversammlungen sollen in Zukunft statt alle zwei Jahre, alle drei Jahre stattfinden. Falls jedoch die angeforderte Verschmelzung zustande kommt, so soll die nächste Generalversammlung bereits nach zwei Jahren einberufen werden. — Das Protokoll der diesjährigen Generalversammlung soll den Mitgliedern unentgeltlich geliefert werden. — Der bevorstehende Gewerkschaftskongress soll mit vier Delegierten des Verbandes beschickt werden. Als Delegierte wurden gewählt: Drunzel, Segawe, A. Schmit aus Berlin und Peter-Dresden. — In den Verbandsvorstand wurden die bisherigen vier Beamten einstimmig wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses verbleibt in Dresden. Der bisherige Ausschussvorsitzende wurde ebenfalls einstimmig wiedergewählt. Damit waren die Arbeiten der achten Generalversammlung des Töpferverbandes erledigt. Sie wurde um 11 Uhr abends mit einer Ansprache des Verbandsvorsitzenden Drunzel geschlossen.

Übermals die Hand zum Frieden geboten. Die ausgesperrten Königsberger Hafenarbeiter haben beschlossen, auch mit Nichtorganisierten zusammenzuarbeiten, wenn die Arbeitgeber sich verpflichten, keinen Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zum Verbandsverband zu benachteiligen, ihn also, weil er organisiert ist, nicht zu entlassen, noch von der Beschäftigung auszuschließen. Mit schwerem Herzen und nach eingehender Debatte wurde dieser Beschluß gefaßt — die Hafenarbeiter haben aber ein, daß er zustande kommen mußte, um den Weg für die Einigungsverhandlungen anzubahnen. Sie haben somit alles getan, was sie tun konnten, damit der Frieden im Hafen wieder hergestellt werden kann. An den Arbeitgebern liegt es jetzt, zu beweisen, ob sie den Frieden auf dieser Grundlage haben wollen oder nicht.

Die Freireueger Dresden beschloßen als Antwort auf das Verhalten der Unternehmer, die alle Forderungen der Gehilfen ablehnten, in den Streik einzutreten. Es kommen zurzeit 300—350 Gehilfen in Frage in 500—550 Ge-

Merkwürdig, wie sich ihre Gedanken begegneten; soeben dachte er an ihn. „Wie viel Stämme?“ gab er zerkürr zurück. „Warte mal —, ich weiß es wirklich in diesem Augenblicke nicht — aber das kann ich dir sagen, es wird noch viel mehr geschlagen werden. Alles wird geschlagen werden, alles, was überhaupt zu Geld gemacht werden kann. Der ganze Wald muß runter, abraffert, als wenn die Sense durch das Korn gefahren wäre.“

„Poi, hoi, — das muß ja schön aussehen“, warf Passen lachend ein.

„Muß es auch“, gab Dulters gleichgültig zurück.

„Dann wird wohl der Graf nur die Stubben behalten“, sagte Passen wieder. Diesmal lachte Dulters schallend, wie befreit auf. „Das wird er wohl, mein Lieber. Etwas muß immer übrig bleiben, und wenn die Stämme fallen, dann bleiben eben die Stubben zurück. Holz zum Kaffeekochen, aber etwas schwer aus dem Boden zu kriegen.“ Er ließ ein neues Lachen der Befriedigung folgen.

„Und wenn die Stubben aus der Erde sind, dann macht der Graf eine neue Kultur“, sagte Passen wieder.

„Oder ein anderer“, fiel Dulters zweideutig ein.

„Ist das wieder eine Fachimpelle!“ wandte sich Otti an Fräulein von Hänfling.

Dulters machte eine beschwichtigende Handbewegung. Er verstand sie und klingelte nach dem Kellner.

„Perrfeh, ein Reiter!“ rief Otti laut aus.

Alle vier blickten hinaus und sahen durch den Schlich der Gardine einen Herrn im Zylinderhut, der auf der Straße mit abgewandtem Gesicht hielt und den Hals des dampfenden Fruchtes klopfte.

Otti war an das Fenster geeilt. „Graf Luz“ rief sie aus.

„Lapas in tabula“, sagte Passen und erhob sich ebenfalls, weniger aus Neugierde, als aus Sehnsucht, dicht hinter Otti stehen zu dürfen.

Eine mächtige Bewegung ging durch Dulters' Körper. Ein unterdrücktes, grimmiges Lachen stieg ihm in der Kehle auf. Hatte er nicht vorhin daran gedacht, daß Luz um diese Zeit seinen Gruenwaldtritt zu machen pflegte und daß er ganz plötzlich hier auftauchen könnte? Als wenn seine Gedanken ihn niemals betrogen hätten! „Ich bitte, keine Aufregung deswegen“, sagte er möglichst gelassen. „Otti, seh' dich wieder.“

schäften. Bewilligt haben 145 Meister. Die Gehilfen drängten fliegende Wabrierblätter zu errichten und appellieren in Flugblättern an die Solidarität der organisierten Arbeiter.

Im Kampf um den Tarif befinden sich die Steinmege helfen von Pirna und Umgebung. Der bisher bestandene Tarif war am 10. Mai abgelaufen. Die Unternehmer weigerten sich, bis zur eventuellen Einführung eines neuen Tarifs Tagelohn zu bezahlen, worauf die Steinmeger am Donnerstag die Arbeit niederlegten. Verhandlungen über Abschluß eines neuen Tarifs haben noch nicht stattgefunden. Zugang nach Pirna ist fernzuhalten.

Ausbehnung des Minenarbeiterstreiks in Johannesburg. Das Blatt Rand Mail berichtet: Eine Versammlung der Arbeiterdelegierten von 27 Goldminen beschloß, alle Arbeiter zum Streik aufzufordern, die in Goldminen beschäftigt sind, welche Eigentum von Gesellschaften und Syndikaten sind, die zur Minenammer gehören. Der letzte Schichtwechsel soll am Dienstag erfolgen. In der bezüglichen Resolution wird die Robinson-Minengruppe von dem Streikbeschluss ausgeschlossen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 12. Mai bis 18. Mai 1907.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

6. Mai. Arbeiter J. C. H. Knoop. 7. Arbeiter F. Chr. C. Karstens. 8. Konditor J. F. A. Schilt. 9. Messerschmied und Wäschennacher J. F. J. Oldorf. 10. Maurer J. P. H. Thies. 11. Pensionberechtigter Hilfsarbeiter am Finanz-Department J. C. H. Helmers. Bureaugenelle beim Polizeiamt A. G. C. Th. Haase. Träger J. W. P. Udenmann. 12. Handlungsgehilfe J. M. Klebe. Arbeiter Rud. Krüger. 13. Arbeiter M. C. G. E. Blanck. Schuhmann G. H. J. Gmke. 14. Kesselschmied G. D. B. Ebert. Arbeiter C. F. W. Jönsson. Schlachter W. P. F. N. 15. Werftarbeiter J. C. G. Gronck. Arbeiter A. Kallus. 16. Arbeiter J. A. F. W. Gothhufen. 18. Eisenarbeiter J. C. Schundt.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

7. Mai. Arbeiter H. G. C. Stoofs. Schachtmeister G. F. A. Krüger. Konditor G. Haldorfer. Schlachter J. F. Olschewski. 8. Buchhalter H. J. C. Schilt. 9. Lehrer J. C. W. Lübbe. Arbeiter W. J. C. Wegner. Eisenbahn-Wagenführer H. W. Chr. Blüning. 11. Bauarbeiter G. J. A. B. Trill. Arbeiter J. Chr. Hansen. 12. Tabakpinner G. H. J. Johannsen. Arbeiter J. H. Möller. Arbeiter J. H. A. Puppner. Handlungsgehilfe J. F. C. May. Schlosser M. C. Baltke. 13. Malermeister C. J. Chr. Wriedt. Barbier G. P. Ueber. Arbeiter C. J. F. Panam. Seemachinist G. H. Wäcker. Arbeiter W. Th. G. Chr. Klempau. Arbeiter H. W. Scheel. 14. Handlungsgehilfe C. Krüzing. Schmied B. D. Wicke. 15. Schuhmacher J. W. C. Kahns. 16. Schmied G. J. F. Jörn. 17. Kellner A. J. L. Rieger.

Angedundene Aufgebote.

13. Mai. Arbeiter C. E. Heilmann und R. C. M. Hoffmann. Erdarbeiter G. W. A. Törper und A. Ryhlik, beide in Teltow. 14. Schriftsetzer C. W. Teslin und W. J. F. C. Randow in Schönberg. Hausdiener C. W. J. F. Wolf und L. G. A. Licht in Bauhof-Schönberg. Güterbodenarbeiter A. B. W. Schmidt und Witwe A. M. H. Dieckmann geb. Fuchs. Tapeziergehilfe C. R. Odebert und C. Suleja. Arzt Dr. med. G. Ch. Weiland in Altona und D. S. F. Ruhland. 15. Steuermann H. G. C. A. J. Paqels und M. A. Rindfleisch in Duxow. Kaufmann H. W. Bährhaus in Hamburg und Ch. A. L. Thiel. Schuhmacher J. K. C. Dose und A. C. W. Nienschöft. 16. Kaufmann R. H. F. Piper und D. Arp in Schleswig. 17. Arbeiter J. Ch. Th. P. Bach in Hamburg und G. J. Lindberg. Domänenpächter J. F. L. Hoppe in Dallendorf und G. M. C. A. Ch. Dahl. Briefträger W. K. H. Witt und C. A. H. Kähler genannt Ahrens. Güterbodenarbeiter C. A. L. Siebührer und J. A. C. Feilcke. 18. Arbeiter G. F. M. Möller und A. C. M. J. Wohm. Drogist A. G. F. Harms und Witwe G. M. Woche geb. Osbahr. Geschäftsführender W. Ch. G. Hausmann und A. Schlei-Nismus. Schriftsetzer J. Steiner und Witwe G. M. F. Haupe geb. Kempf, beide in Gützin.

Geschließungen.

16. Mai. Kaufmann E. Fehling und L. R. Crawshaw
17. Kunstgärtner G. Chr. H. Glüning und G. J. L. M. Derlien. Kaufmann J. C. F. Hahn in Schwerin und A. D. J. Schwarz. Privatlehrer J. H. H. Romberg in Bruns-haupten und G. L. Freitag. Güterbodenarbeiter J. F. H. Ruppau und A. C. C. Krümmann. Butterhändler J. H. W. Markmann und G. L. C. Meißner in Rachtz. S. Klotter J. H. Chr. Richard und A. J. F. Schmidt. Arbeiter C. J. H. Kruse und B. C. M. Klein. Arbeiter J. Eobek und G. M. G. H. Hührow. Eisenbahn-Wagenführer L. Weber und C. C. M. Hührow. Hafenarbeiter J. G. A. Meyenburg und Witwe A. M. D. Baent geborene Töllner. Arbeiter J. F. C. Baumann und M. H. C. Streich. Arbeiter C. J. H. Möller und die geschiedene F. J. A. M. Wagner geborene Gustabel. Schlosser A. Meyer und A. C. W. Rineburg. Bureaugenelle J. J. Romalski in Hamburg und M. C. J. Walter. Tischler F. J. D. Kähler und M. C. E. Sievers. Ingenieur G. C. Lehr in Berlin und M. A. L. Duffer.

Sterbefälle.

11. Mai. H. geb. Cohn, Witwe des Kaufmannes H. Bleiweis, 73 J. R. C. J. Hoffmann, 13 J. J. F. M. geb. Scharweber, verm. Lüth, Ehefrau des Tischlermeisters R. Kuhl, 73 J. C. M. R. E. geb. Kahlströff, Witwe des Arbeiters J. J. Chr. Rambu. 72 J. Früherer Erbpächter J. J. H. Bendfeld, 81 J. 12. G. M. Brocher, 4 J. Arbeiter A. J. H. Römpach, 41 J. R. F. L. Barg, 4 J. Arbeiter J. P. D. Schwarz, 81 J. Arbeiter J. H. F. Bischoff, 49 J. 13. D. K. W. Behrens, 5 J. M. Werftarbeiter G. J. A. Nehlsen, 38 J. R. A. Böse, 2 J. M. Chr. D. geb. Friedrichsen, Witwe des Schneiders L. H. Chr. Dose, 78 J. Werkstatthaltmann H. C. Möller, 83 J. Barbier und Theater-Friseur G. A. R. Braune, 59 J. C. geb. Heitmann, Witwe des Buchhalters G. C. Meyer, 82 J. 14. G. L. R. Meister, 6 J. Hospitalit. P. J. W. Strohsfeldt, 88 J. A. H. F. Koch, 2 1/2 J. M. D. W. C. geb. Bierstimpel, verm. Schuldt (alias Schulz), Ehefrau des Böttchermeisters J. F. Chr. Oldenburg, 76 J. D. J. M. geb. Bohn, Ehefrau des Schlachters R. F. L. C. Behndke, 34 J. Arbeiter Chr. C. F. Bohnack, 60 J. Revisionsaufseher F. J. Kuhlmann, 41 J. Ein togeb. Knabe, W.: Schiffszimmermann J. L. Finrichs, 15 J. M. geb. Groth, verm. Kruse, Ehefrau des Musikers F. C. Junke, 66 J. C. R. C. Johansson, 9 J. M. R. W. Möller, 11 J. Ein Mädchen, 3 Std. B.: Schuhmacher F. W. Chr. Kahns, G. J. M. Bierow, 4 J. Diätar R. Vermehren, 41 J. C. F. geb. Hartung, Witwe des Arbeiters J. Chr. F. Kordis, 81 J. A. F. Verlon, 6 J. M. G. F. Trill, 10 J. 17. J. D. W. Seebase, 24 J. J. H. W. Burnester, 1 J. C. C. geb. Lühe (alias Lüder), Witwe des Produktenhändlers J. H. Werner, 80 J. C. Bibau, 6 J. M. 18. Pastor A. D. J. Lorenzen, 73 J. Ein togeb. Mädchen, W.: Arbeiter R. J. F. Clasen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

(Fortsetzung folgt.)

